



IZA

RESEARCH REPORT SERIES

IZA Research Report No. 34

Erwerbstätigkeit im Lebenszyklus

Benchmarking Deutschland:
Steigende Beschäftigung bei Jugendlichen und Älteren

Werner Eichhorst
Eric Thode

März 2011

Dieser Forschungsbericht des IZA basiert
auf einem Projekt im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Erwerbstätigkeit im Lebenszyklus

Benchmarking Deutschland: Steigende Beschäftigung bei Jugendlichen und Älteren

Werner Eichhorst
Eric Thode

Kontakt:

Eric Thode
Senior Expert
Programm Evidenzbasierte Politikstrategien
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81581
Fax 05241 81-681581
E-Mail eric.thode@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Inhalt

1	Das Wichtigste in Kürze	4
2	Einleitung	8
3	Arbeitsmarkteinstieg.....	9
3.1	Beschäftigungssituation Jugendlicher	9
3.2	Ausbildungsrelevante Indikatoren des Schulsystems	17
4	Lebenslanges Lernen.....	23
5	Ältere Arbeitnehmer und Eintritt in den Ruhestand.....	34
5.1	Beschäftigungslage beim Übergang zwischen Erwerbsleben und Ruhestand.....	34
5.2	Nettolohnersatz und Armutsrisiko im öffentlichen Rentensystem.....	38
6	Literatur.....	43

1 Das Wichtigste in Kürze: Befund und Handlungsbedarf

Der Umfang und die Struktur von Erwerbstätigkeit verändern sich im Lebenszyklus. In dieser Studie werden die Phasen des Berufseinstiegs und des Übergangs in den Ruhestand anhand von detaillierten Indikatoren international vergleichend betrachtet. Als dritter Bereich wird die Teilhabe an beruflicher Weiterbildung während des Erwerbslebens für unterschiedliche Personengruppen analysiert.

Beschäftigungseinstieg von Jugendlichen

1. Deutschland zeichnet sich zunächst durch eine im internationalen Vergleich sehr geringe Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen aus. Dies gilt bereits seit längerem im Vergleich zur Arbeitslosenquote aller Erwerbspersonen, inzwischen aber auch bei der absoluten Höhe. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass die geringe Jugendarbeitslosigkeit vor allem auf die vergleichsweise lange allgemeine Schulpflicht und das weit ausgebaute staatlich geförderte Übergangssystem zwischen Schule und Berufsausbildung zurückzuführen ist. Besonders deutlich wird dies bei der Betrachtung der so genannten NEET-Quoten (Not in employment, education or training). Während der Anteil derer, die weder einer schulischen oder beruflichen Ausbildung noch einer Erwerbsarbeit nachgehen, in der Gruppe der 15- bis 19-Jährigen lediglich vier Prozent beträgt, sind es bei den 20- bis 24-Jährigen bereits 14 Prozent und bei den jungen Erwachsenen zwischen 25 und 29 Jahren sogar 17 Prozent. Auffällig ist weiterhin, dass in der höchsten Altersgruppe bereits mehr als die Hälfte der Personen ohne Erwerbstätigkeit außerhalb schulischer und beruflicher Ausbildung keine Bindung mehr zum Arbeitsmarkt hat, also nicht aktiv auf der Suche nach einer Erwerbstätigkeit ist.
2. Nachdem der Ausbildungsmarkt in Deutschland bis zur Mitte der 2000er Jahre sehr angespannt war und noch im Jahr 2006 knapp 50.000 unversorgte Bewerber hervorgebracht hat, ist in der letzten Zeit eine deutliche Entspannung zu verzeichnen. Zum Stichtag 30.09.2010, also zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres, betrug die Zahl der Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden konnten und bei der Bundesagentur für Arbeit, den Arbeitsgemeinschaften oder den zugelassenen kommunalen Trägern gemeldet waren, nur noch 12.300. Die rechnerische Einmündungsquote in berufliche Ausbildung pendelt bereits seit drei Jahren relativ eng um den Wert von zwei Dritteln. Dies gilt als Anzeichen für eine ausreichende Versorgung mit Ausbildungsplätzen. Allerdings sind im letzten verfügbaren Berichtsjahr 2009 je nach Zählweise auch zwischen 346.000 und 381.000 Jugendliche neu in Maßnahmen eingetreten, die auf eine Berufsausbildung vorbereiten sollen. Diese Maßnahmen münden nicht unmittelbar in eine vollqualifizierende Berufsausbildung. In vielen Fällen fungieren sie eher als Warteschleifen, die nicht immer passgenau die individuellen Defizite der Teilnehmer beheben. Damit besteht die Gefahr für Jugendliche in solchen Maßnahmen, dass sie danach dennoch keine gestiegenen Chancen auf einen regulären Ausbildungsplatz haben.
3. Die Beschäftigungsquoten für junge Menschen in Deutschland, die sich nicht mehr im schulischen oder beruflichen Bildungssystem befinden, weisen im internationalen Vergleich eine hohe Spreizung auf. Einerseits sind Hochschulabsolventen auffällig gut in den Arbeitsmarkt integriert, andererseits fällt die Beschäftigungsquote für Geringqualifizierte sehr niedrig aus. Jugendliche mit mittlerer Qualifikation, also mit Abitur oder einer abgeschlos-

senen Berufsausbildung, liegen bei der Beschäftigung im Mittelfeld. Das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit liegt für alle drei Qualifikationsgruppen in Deutschland in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen relativ hoch. So sind zwei von drei arbeitslosen Geringqualifizierten ohne weiterführenden Schulabschluss und ohne abgeschlossene Lehre länger als sechs Monate ohne Beschäftigung. Bei den jungen Erwachsenen mit Abitur oder abgeschlossener Berufsausbildung sind es 60 Prozent.

4. Bei den Indikatoren aus dem schulischen Bereich, die einen Eindruck über die allgemeine Ausbildungsreife geben können, liegt Deutschland häufig im Mittelfeld. Dies gilt etwa für den Anteil der frühen Schulabgänger, der in Deutschland knapp 12 Prozent beträgt. Wesentlich geringere Quoten finden sich lediglich in manchen mittel- und osteuropäischen Ländern. Nach den Auswertungen der aktuellen PISA-Studie befinden sich die 15-jährigen Schüler in Deutschland bei der Lesekompetenz und auch bei der Streuung dieser Testergebnisse weiterhin im Mittelfeld. Besser sieht es bei den Kompetenzen in Mathematik aus. Dort liegen die Testergebnisse der Schülerinnen und Schüler in Deutschland auf dem zehnten Platz von 33 OECD-Ländern. Allerdings ist die Streuung der Ergebnisse hierzulande auch besonders ausgeprägt. Der Abstand zwischen den zehn Prozent besten und den zehn Prozent schlechtesten ist der sechsthöchste. Negativ fällt Deutschland beim Anteil der 20- bis 24-Jährigen auf, die mindestens einen Abschluss der Sekundarstufe II haben (Abitur oder abgeschlossene Berufsausbildung). Hierzulande sind es lediglich 74 Prozent, während die Slowakei oder Polen mehr als 90 Prozent und Schweden, Irland und Finnland immerhin noch über 85 Prozent erreichen.

Weiterbildung

5. Der Anteil der erwachsenen Personen mit einem mittleren Qualifikationsniveau, also einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder Abitur, ist in Deutschland mit 60 Prozent besonders groß. Demgegenüber sind die Anteile von Geringqualifizierten (knapp 15 Prozent) und Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss (ca. 25 Prozent) vergleichsweise gering. Bis auf Dänemark haben alle Länder im letzten Jahrzehnt den Anteil der Geringqualifizierten reduzieren können. Dieser Rückgang fällt in Deutschland mit drei Prozent jedoch recht niedrig aus. Er betrug in Großbritannien beispielsweise neun, in Finnland knapp acht und in Frankreich fast sieben Prozentpunkte.
6. Speziell für Deutschland ist es schwierig, ein einheitliches empirisches Bild für den Weiterbildungsbereich zu zeichnen. Unterschiedliche Erhebungen mit voneinander abweichenden Fragestellungen und Methodologien führen im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern hierzulande zu sehr unterschiedlichen Aussagen. Insgesamt zeichnet die europäische Arbeitskräfteerhebung ein mittelmäßiges Bild der Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland, auch mit Blick auf unterschiedliche Qualifikationsgruppen. Eine deutlich positivere Einschätzung lässt sich aus den Daten des Adult Education Survey ableiten. Auf der Grundlage der dort ermittelten Indikatoren liegt Deutschland im Ländervergleich sehr weit vorne und wird lediglich von den skandinavischen Ländern, Großbritannien und den Niederlanden übertroffen. Die große Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der beiden Indikatorensysteme lässt sich möglicherweise darauf zurückführen, dass die Arbeitskräfteerhebung aufgrund ihres Befragungsdesigns im Ergebnis eher die Teilnahme an formaler Bildung, also im Rahmen des institutionellen Aus- und Weiterbildungssystems, misst. Für die Zeit nach der beruflichen Erstausbildung bzw. nach dem Hochschulstudium ist das institutionel-

le Angebot in Deutschland jedoch vergleichsweise gering. Der Adult Education Survey betrachtet demgegenüber auch das nicht-formale Lernen genauer, bei dem Weiterbildung durch die Teilnahme an Unterrichtsformen, Seminaren, Vorträgen und Veranstaltungen von nicht-institutionalisierten Anbietern erfolgt. In diesem Bereich schneidet Deutschland wesentlich besser ab.

7. Für fast alle betrachteten Länder gilt, dass die Teilnahme an Weiterbildung umso umfangreicher ist, je höher das Ausbildungsniveau und je jünger die Erwerbspersonen sind. Dies lässt sich auch in Deutschland beobachten, wenngleich die qualifikationsbezogene Weiterbildungsstruktur hierzulande vergleichsweise komprimiert ist. Während auf der Basis der europäischen Arbeitskräfteerhebung das Weiterbildungsgefälle zwischen Jüngeren und Älteren besonders groß erscheint, bescheinigen die Daten des Adult Education Survey der Bundesrepublik einen Platz im europäischen Mittelfeld. Zwischen Männern und Frauen ist die Beteiligung an Weiterbildung hierzulande nahezu ausgeglichen, wohingegen in vielen anderen Ländern Frauen häufiger an beruflicher Fortbildung teilnehmen. Eine weitere Besonderheit in der Bundesrepublik besteht darin, dass Arbeitslose seltener an Weiterbildung teilnehmen als Personen, die erst (wieder) an den Arbeitsmarkt herangeführt werden müssen und derzeit nicht aktiv nach einer Erwerbstätigkeit suchen. In den meisten Ländern kommen Arbeitslose dagegen häufiger in den Genuss von Weiterbildung.

Übergang in den Ruhestand

8. Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer zwischen 55 und 64 Jahren ist mit über 56 Prozent die fünfthöchste im OECD-Vergleich. Der insgesamt starke Beschäftigungsaufbau in Deutschland ist zu einem großen Teil auf die positive Entwicklung in dieser Altersgruppe zurückzuführen. Zwischen 2001 und 2009 hat die Beschäftigungsquote um mehr als 18 Prozentpunkte zugenommen, mehr als in jeder anderen Gruppe am Arbeitsmarkt, die üblicherweise international vergleichend betrachtet wird. Vor allem ältere Arbeitnehmer mit Hochschulbildung sind besonders gut in den Arbeitsmarkt integriert. In schwächerem Maße gilt dies auch für Geringqualifizierte. Im Mittelfeld liegt dagegen die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer mit Berufsausbildung oder Abitur als höchstem erreichten Bildungsabschluss.
9. Das durchschnittliche tatsächliche Renteneintrittsalter hat sich in Deutschland zwischen 2001 und 2008 um mehr als ein Jahr erhöht und beträgt nun 61,7 Jahre. Mit Ausnahme von Dänemark und Rumänien ist eine Erhöhung auch in allen anderen Ländern festzustellen, teilweise gar um mehrere Jahre. Den größten Anstieg hat Belgien zu verzeichnen, wo das durchschnittliche tatsächliche Renteneintrittsalter von 56,8 auf 61,6 Jahre zugenommen hat.
10. Die mittlere Nettolohnersatzrate ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern mit ca. 60 Prozent recht gering. Auffällig ist weiterhin, dass das Äquivalenzprinzip zumindest für unterschiedliche Qualifikationsgruppen relativ strikt zur Geltung kommt. Während in vielen anderen Ländern ehemalige Geringverdiener eine deutlich höhere Nettolohnersatzrate als ehemalige Durchschnittsverdiener erhalten, liegt sie in Deutschland für Geringverdiener sogar minimal niedriger als für Durchschnitts- und Gutverdiener. Das Armutsrisiko ist für Haushalte in Deutschland, in denen sich der Haushaltsvorstand im Rentenalter befindet, im internationalen Vergleich mit acht Prozent sehr gering. Alleinlebende (aufgrund der höhe-

ren Lebenserwartung zum größeren Teil Frauen) unterliegen dabei einem höheren Armutsrisiko als Paarhaushalte.

Aus den empirischen Befunden lässt sich folgender Handlungsbedarf ableiten:

1. Gegenwärtig gibt es im deutschen Berufsausbildungssystem im Wesentlichen zwei benachteiligte Gruppen: Marktbenachteiligte Jugendliche und junge Menschen, denen die so genannte Ausbildungsreife noch fehlt. Bei den Marktbenachteiligten handelt es sich Personen, die von den schulischen Leistungen sowie von den kognitiven und sozialen Kompetenzen her einer beruflichen Ausbildung gewachsen sind, aber dennoch keine Lehrstelle finden. Dies ist vor allem auf strukturelle Defizite von regionalen Arbeitsmärkten zurückzuführen. Für solche marktbenachteiligten Jugendliche sollte im Rahmen von mehr außerbetrieblichen und vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen die Möglichkeit geschaffen werden, ohne allzu hohe Anforderungen an ihre räumliche Mobilität einen berufsbildenden Abschluss zu erreichen. Dieser Weg ist in Ostdeutschland bereits eingeschlagen worden und sollte auch in strukturschwachen Regionen der alten Bundesländer weiter beschritten werden.
2. Auch Jugendlichen, denen die Ausbildungsreife noch fehlt, muss eine direktere Perspektive auf einen vollqualifizierenden Berufsabschluss eröffnet werden. Dazu ist zunächst eine bessere und auf das Individuum zugeschnittene Einschätzung der persönlichen Stärken und Schwächen erforderlich. Auf einer derartigen Basis lassen sich im nächsten Schritt passgenauere Maßnahmen gestalten, die den Einstieg und das erfolgreiche Absolvieren einer Ausbildung wahrscheinlicher machen. Dabei ist sicherzustellen, dass die berufsvorbereitenden Maßnahmen auch wirklich in eine vollqualifizierende Berufsausbildung hinführen.
3. Handlungsbedarf besteht nicht nur beim Übergang von der Schule in die Ausbildung. Ein großer Teil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Schwierigkeiten im Ausbildungssystem läuft Gefahr, über längere Zeiträume oder gar dauerhaft vom Erwerbsleben ausgeschlossen zu sein bzw. lediglich marginalen Tätigkeiten nachgehen zu können. Speziell für die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen sind die Möglichkeiten zur beruflichen Nachqualifizierung bislang nur schwach ausgeprägt. Beim notwendigen Ausbau solcher Angebote ist der großen Heterogenität in diesem Personenkreis Rechnung zu tragen, so dass bei der Unterstützung auf individuelle Problemlagen einzugehen ist.
4. Der demographische Wandel und damit verbundene strukturelle Arbeitskräfteknappheiten erfordern es, dass Arbeitnehmer später in den Ruhestand gehen. Gleichzeitig schreitet der Strukturwandel weiter voran und wird von einem größeren Teil der Erwerbsbevölkerung verlangen, im Lebenszyklus den Arbeitsplatz oder gar das Berufsfeld zu wechseln. Damit Arbeitskräfte in die Lage versetzt werden, beides zu meistern, ist berufliche Weiterbildung ein wesentlicher Stellhebel. Vor diesem Hintergrund ist dafür zu sorgen, dass auch Personen mit einem geringeren Bildungsniveau und Arbeitskräfte, die älter als 35 Jahre sind, in einem größeren Ausmaß an Weiterbildung teilhaben können. Dabei geht es zunächst um die stärkere Vermittlung von betriebs- und unternehmensspezifischen Kenntnissen und Fähigkeiten. Diese versetzen Arbeitskräfte besser in die Lage, im bestehenden Arbeitsumfeld auf der Höhe der Zeit zu bleiben und mit technischen und organisatorischen Weiterentwicklungen Schritt zu halten. Hier sind in erster Linie die Unternehmen gefordert, da ihnen die Erträge der Weiterbildung auch in großen Teilen direkt zugutekommen. Daneben muss das

Augenmerk aber auch auf die Vermittlung von übergreifenden Kenntnissen und Fähigkeiten gerichtet werden, die in anderen Unternehmen, anderen Branchen oder anderen Berufsfeldern ebenfalls verwertbar sind. Nur mit diesen allgemein einsetzbaren Humanressourcen eröffnen sich Arbeitnehmern Chancen, auch jenseits erlernter Berufe und langjähriger Tätigkeiten in ein und derselben Branche neue Betätigungsfelder zu erschließen, damit Umbrüche im Strukturwandel nicht zu dauerhafter Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt führen. Skandinavische Länder zeigen, dass sich hierbei in erster Linie der Staat einbringen kann. Gleichzeitig muss aber auch die Weiterbildungsbereitschaft der Arbeitnehmer selbst steigen.

5. Bei älteren Arbeitnehmern gilt es in erster Linie, den eingeschlagenen Kurs fortzusetzen. Die Erwerbsbeteiligung ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Neben vermehrter Weiterbildung auch für Ältere muss zusätzlich der Gesundheit am Arbeitsplatz größerer Stellenwert beigemessen werden. Gefordert sind dabei in erster Linie die Unternehmen, die auch über eine Flexibilisierung bzw. größere Durchlässigkeit ihrer Organisationsstrukturen dafür sorgen können, dass Personen mit körperlich anstrengenden bzw. psychisch belastenden Tätigkeiten im späteren Teil des Erwerbslebens weniger belastende Aufgaben wahrnehmen können.

2 Einleitung

Der Umfang und die Struktur von Erwerbstätigkeit verändern sich im Lebenszyklus. Am Anfang steht der Übergang von der Schule bzw. von einer tertiären Bildungseinrichtung ins Erwerbsleben. An dieser Schnittstelle werden wichtige Weichen für den beruflichen Werdegang, für die Beschäftigungsperspektiven, die Lohnentwicklung und das Risiko, arbeitslos zu werden, gestellt. Für junge Menschen ist es besonders wichtig, nicht schon beim Einstieg ins Erwerbsleben an Hürden zu scheitern, sondern den Übergang in die berufliche Tätigkeit möglichst reibungsarm zu gestalten. Die vorliegende Studie konzentriert sich beim Einstieg ins Erwerbsleben auf den Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung sowie auf die Beschäftigungssituation junger Menschen im Alter von 15 bis 34 Jahren.

Am Beginn des Erwerbslebens werden Tätigkeiten häufig in atypischen Beschäftigungsformen ausgeübt. Auf dieses Arbeitsmarktsegment geht die Benchmarking-Studie „Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit“ detailliert ein (Eichhorst/Marx/Thode 2010). Die Dauer von atypischer Beschäftigung zu Beginn des Erwerbslebens und die Aussichten, den Übergang in reguläre Arbeitsverhältnisse zu bewerkstelligen, beeinflussen auch die Entscheidung, ob und zu welchem Zeitpunkt eine Familie gegründet wird. Der Lebensphase, in der die Balance von Familie und Arbeitswelt hohe Bedeutung hat, widmet sich ausführlich die Benchmarking-Studie „Vereinbarkeit von Familie und Beruf 2010“ (Eichhorst/Thode 2010).

Angesichts des fortschreitenden Strukturwandels vom Verarbeitenden Gewerbe hin zum Dienstleistungsbereich und auch innerhalb dieser Sektoren wird lebenslanges Lernen in Form von beruflicher Weiterbildung immer wichtiger für die individuellen Beschäftigungsverläufe. Erwerbsbiographien, in denen bis zum Ruhestand stets derselbe Beruf, womöglich auch im selben Unternehmen, ausgeübt wird, werden seltener. Weiterbildung wirkt wie eine Art Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Niedriglohnbeschäftigung und eröffnet neue Perspektiven nicht nur im angestammten Be-

rufsfeld, sondern auch in anderen Tätigkeitsbereichen. In dieser Broschüre werden die Qualifikationsstruktur der erwerbstätigen Bevölkerung und die Teilhabe an Weiterbildung anhand einer Reihe von Kriterien detailliert betrachtet.

Die letzte Phase, die Gegenstand dieser Untersuchung ist, beinhaltet den Übergang älterer Arbeitskräfte aus der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand. In Deutschland steht dieser Abschnitt des Lebenszyklus aufgrund der Debatte um die Erhöhung des Renteneintrittsalters besonders im Fokus. Der demographische Wandel macht es erforderlich, dass ältere Beschäftigte länger erwerbstätig bleiben und nicht aufgrund von vermeintlich rückläufiger Produktivität über Frühverrentung aus dem Arbeitsmarkt ausgesteuert werden.

Die Höhe von Renten und Pensionen sowie das Risiko der Altersarmut sind schließlich Spiegelbilder des zurückliegenden Erwerbslebens. An diesen Größen zeigt sich, wie kontinuierlich der Beschäftigungsverlauf und wie hoch die Entlohnung an den Stationen des Lebenslaufes gewesen ist sowie in welchen Erwerbsformen gearbeitet wurde. Die vorliegende Studie betrachtet eingehend Beschäftigungsindikatoren älterer Arbeitnehmer, Unterschiede zwischen dem gesetzlichen und dem faktischen Renteneintrittsalter sowie die Einkommenssituation von Ruheständlern.

3 Arbeitsmarkteinstieg

3.1 Beschäftigungssituation Jugendlicher

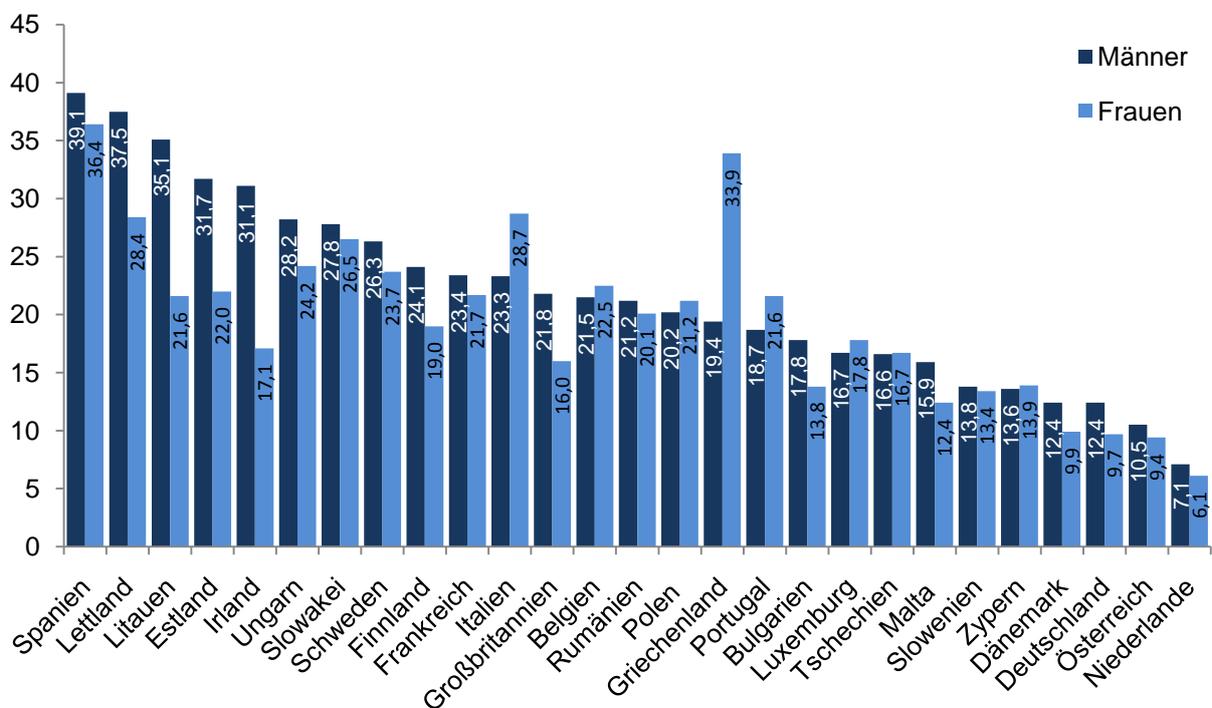
Die Art und Weise, wie der Übergang von der Schule ins Berufsleben erfolgt, hat lang anhaltende Konsequenzen für den späteren Erwerbsverlauf, sowohl im Hinblick auf die Beschäftigungschancen als auch auf die Entwicklung des Arbeitseinkommens. Vor diesem Hintergrund ist der nachhaltige Einstieg ins Erwerbsleben nicht nur aus individueller, sondern auch aus gesellschaftlicher Perspektive besonders wichtig.

Ein zentraler Indikator zur Einschätzung der Arbeitsmarktsituation Jugendlicher ist die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen. Sie ist in Deutschland sehr gering (Abbildung 1). Die Quote der Frauen ist mit 8,7 Prozent nach Österreich und den Niederlanden die zweitniedrigste. Bei den Männern liegt Deutschland nach den Niederlanden (7,1 Prozent) und Österreich (10,5 Prozent) gleichauf mit Dänemark mit einem Wert von 12,4 Prozent auf dem dritten Platz. Das gute Abschneiden der Niederlande bei der Jugendarbeitslosigkeit muss im Lichte der hohen Teilzeitquote betrachtet werden, die sich in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen besonders niederschlägt. Nahezu drei Viertel aller Jugendlichen gehen dort einer Tätigkeit von wöchentlich 30 oder weniger Stunden nach. Auch in Norwegen und Dänemark beträgt die Teilzeitquote mehr als 50 Prozent. Deutschland liegt bei diesem Indikator im Mittelfeld. Die Quote liegt hier bei 21 Prozent. Am anderen Ende des Spektrums liegen mittel- und osteuropäische Länder mit Quoten unterhalb von zehn Prozent.

In Spanien beträgt die Arbeitslosigkeit bei jungen Frauen und Männern nahezu 40 Prozent. Arbeitslosenquoten oberhalb von 30 Prozent finden sich ansonsten nur noch bei den Männern in Lettland und Irland. Insgesamt fällt auf, dass die Jugendarbeitslosigkeit keiner Ordnung folgt, die der Wohlfahrtsstaatstypologie Esping-Andersens (Esping-Andersen 1990) oder den Varieties of

Capitalism (Hall/Soskice 2001) entspräche. So sind Jugendliche in Schweden in einem ähnlichen Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen wie Gleichaltrige in Frankreich. Gleiches zeigt sich für Polen und Belgien. Auffällig ist weiterhin, dass in der weit überwiegenden Zahl der Länder die Arbeitslosigkeit bei Frauen geringer ist als bei Männern; das Gegenteil ist lediglich in Slowenien, Portugal, Belgien, Polen und Luxemburg zu beobachten. Mögliche Erklärungen können in unterschiedlichen Bildungsverläufen und Erwerbsneigungen, aber auch in offenen oder verdeckten Diskriminierungstatbeständen bestehen, die jungen Frauen davon abhalten, überhaupt auf dem Arbeitsmarkt aktiv zu werden. Vergleicht man die Jugendarbeitslosigkeit mit der allgemeinen Arbeitslosenquote, so schneidet Deutschland im internationalen Vergleich ebenfalls sehr gut ab. Während hierzulande die Jugendarbeitslosigkeitsquote nur wenig höher ist, übersteigt sie die allgemeine Arbeitslosenquote in vielen anderen Ländern um das Zwei- bis Dreifache.

Abbildung 1: Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren in Prozent, 2009



Quelle: Europäische Kommission 2010.

Auch im Zeitverlauf ergibt sich trotz der globalen Wirtschaftskrise zunächst ein positives Bild für Deutschland. Anhaltspunkte dafür liefert die Statistik der Ausbildungsbewerber, die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet sind und bis September noch keinen Ausbildungsplatz hatten.¹ Die Zahl der unversorgten Bewerber im September, also die Gruppe der Personen, die auch zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres noch ohne Stelle sind, erreichte Jahr 2010 einen Wert von 12.300. Dass die Wirtschaftskrise keine wesentlichen Spuren auf dem Ausbildungsmarkt hinterlassen hat, ist in Teilen auch auf den demographischen Wandel zurückzuführen, der sich inzwischen bei den

¹ Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit bildet nicht den gesamten Ausbildungsmarkt ab, da sich weder Betriebe noch Lehrstellenbewerber bei der Agentur registrieren müssen.

jüngeren Alterskohorten bemerkbar macht. So ist zwar die Zahl der insgesamt angebotenen Ausbildungsplätze² zwischen dem letzten Ausbildungsjahr vor der Krise 2007/2008 und dem aktuellen Berichtsjahr um 28.000 auf ca. 484.000 zurückgegangen. Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen³ ist im gleichen Zeitraum aber um mehr als 68.000 auf etwa 552.000 Personen noch stärker gesunken (Bundesagentur für Arbeit 2008 und 2010). Die so genannte rechnerische Einmündungsquote, also der Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge an allen Absolventen allgemeinbildender Schulen eines Jahrgangs, lag 2010 bei knapp 64 Prozent nach fast 68 Prozent im Vorjahr. Mittlerweile herrscht Konsens darüber, dass eine ausreichende Versorgung mit Ausbildungsplätzen dann gewährleistet ist, wenn die Einmündungsquote über mehrere Jahre hinweg bei zwei Dritteln oder darüber liegt (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010). Die Ausbildungslage scheint also auf den ersten Blick wenig Anlass zur Sorge zu geben.

Bei näherer Betrachtung offenbart der Ausbildungsmarkt für Jugendliche in Deutschland dennoch Schwächen. Der Blick auf die aggregierte Angebots-Nachfrage-Relation überdeckt regionale und berufsfeldspezifische Disparitäten, da in manchen Gegenden und Tätigkeitsfeldern eine ungedeckte Nachfrage nach Auszubildenden auftritt, während Schulabgänger andernorts und/oder mit anderen Berufswünschen weiterhin erhebliche Schwierigkeiten haben, eine passende Lehrstelle zu finden.

Darüber hinaus liefert die Zahl der unversorgten Bewerber, die von der Bundesagentur für Arbeit gemeldet wird, noch kein vollständiges Bild der Beschäftigungsprobleme junger Menschen. Die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur erfasst nur Bewerber, die von dieser Organisation als „ausbildungsreif“ erachtet werden. Noch nicht ausbildungsreife Jugendliche erhalten Zugang zu Maßnahmen, die auf eine Berufsausbildung vorbereiten sollen, die aber nicht zu einem vollqualifizierenden Abschluss führen. Neben den nicht Ausbildungsreifen sind in der Vergangenheit angesichts der allgemein schlechten Aussichten am Ausbildungsmarkt, gerade in Regionen, in denen allgemein ein hohes Maß an Unterbeschäftigung herrscht, auch zunehmend Jugendliche in Maßnahmen platziert worden, die zwar die Ausbildungsreife besitzen, aber dennoch keine Lehrstelle finden können.⁴ Der Anteil aller Eintritte von Jugendlichen in diese Maßnahmen (inklusive Altbewerber) an allen Absolventen von allgemeinbildenden Schulen eines Jahrgangs betrug im Jahr 1992 noch 33 Prozent. Bis 2005 war er auf 55 Prozent angestiegen, ist seitdem aber wieder spürbar auf zuletzt etwa 47 Prozent gesunken. Im Jahr 2008 sind nach dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010 ca. 435.000 Personen neu in solche Maßnahmen eingetreten (Bundesinstitut für Berufsbildung 2010).

Das Berichtswesen im Bereich der Berufsausbildung hat in den vergangenen Jahren einen Wandel vollzogen, so dass Zahlen nach der neuen Methodik mit älteren nicht ohne Weiteres vergleichbar sind. Nach den im Herbst 2010 veröffentlichten Zahlen der neuen Integrierten Ausbildungsberichterstattung befanden sich 2009 noch 347.000 Personen im Übergangssystem zuzüglich weiterer 34.000 Personen in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen, die zum Teil aber

² Laut Definition des Berufsbildungsgesetzes die Summe aus den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und den bei der Bundesagentur gemeldeten unbesetzten Ausbildungsplätzen.

³ Laut Definition die Summe aus den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und den bei der Bundesagentur gemeldeten unversorgten Jugendlichen.

⁴ Dabei handelt es sich um so genannte „Marktbenachteiligte“.

bereits in der höheren Zahl miterfasst sind (Hessisches Statistisches Landesamt 2010).⁵ Jugendliche im Übergangssystem tauchen in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr auf, weil sie mit dem Eintritt in eine solche Maßnahme als „versorgt“ gelten.

Ferner gibt es eine Gruppe von Jugendlichen, die zwar bislang erfolglos einen Ausbildungsplatz gesucht haben, zum Beginn des Ausbildungsjahres aber eine Alternative wahrnehmen, wie etwa einen erneuten Schulbesuch, eine berufsvorbereitende Maßnahme, eine Einstiegsqualifizierung, oder auch ein Studium aufnehmen. Auf der Basis bestehender Datenwerke lässt sich diese Gruppe nicht überschneidungsfrei von Jugendlichen im Übergangssystem trennen. Die Gesamtheit der „Bewerber mit Alternative zum 30.09.“ umfasst im Jahr 2010 mehr als 63.000 Personen. Wie groß der Anteil derer ist, die dennoch am liebsten eine Ausbildung begonnen hätten und für die die Alternative eher eine Notlösung darstellt, lässt sich aufgrund des vorliegenden Datenmaterials nicht sagen.

Schließlich muss auch eine Gruppe von ehemals bei der Bundesagentur gemeldeten Stellensuchenden berücksichtigt werden, die ihren Vermittlungsauftrag zwischenzeitlich wieder ohne Angabe von Gründen zurückgezogen haben. Dieser Personenkreis umfasste im Jahr 2009 ca. 96.000 Personen. Nach einer gemeinsamen Umfrage der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildung aus dem Jahr 2008 ist diese Gruppe recht heterogen zusammengesetzt. Etwa 20 Prozent der unbekannt verbliebenen Bewerber gingen einer vollqualifizierenden Berufsausbildung nach, während 27 Prozent arbeitslos waren. Da sie von der Bundesagentur nicht mehr erfasst werden können, unterliegen diese Personen der besonderen Gefahr, dauerhaft von der Teilhabe an Ausbildung und Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu sein.

Die Spaltung des allgemeinen Arbeitsmarktes, die im Rahmen von „Benchmarking Deutschland“ bereits aus verschiedenen Perspektiven diagnostiziert wurde (Eichhorst/Thode 2009), hat sich bis zur Mitte des abgelaufenen Jahrzehnts auch am Ausbildungsmarkt in immer stärkerem Ausmaß gezeigt. Einen weiteren Hinweis darauf gibt der Anteil der so genannten Altbewerber. Das sind Jugendliche, die aktuell einen Ausbildungsplatz suchen und die Schule bereits im Vorjahr oder noch früher verlassen haben. Dieser Indikator ist von 1997 bis 2007 von 37,6 auf 52,4 Prozent angestiegen und erst in den letzten beiden Jahren wieder etwas gesunken.⁶ Auch die Einmündungsquote in Bildungsgänge, die als Vorbereitung auf eine Ausbildung berufliche Grundbildung vermitteln sollen, ist seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich angestiegen und hat sich erst seit 2005 nach dem Rekordwert von 55 Prozent wieder verringert. Sie lag 2008 bei 47,3 Prozent. Die Einmündungsquote in Bildungsgänge, die auf schulischem Wege zu einem Berufsabschluss führen, verharrt nach einem Anstieg in den 1990er Jahren dagegen bereits seit 2003 relativ konstant bei knapp unter 20 Prozent (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010).

Insgesamt hat sich die Ausbildungssituation seit Mitte des abgelaufenen Jahrzehnts wieder etwas entspannt. Die Gründe dürften vor allem in der demographischen Entwicklung und im konjunkturellen Aufschwung bis zum Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise liegen. Der qualifikatorische Mismatch am Arbeitsmarkt für Jugendliche bleibt jedoch weiterhin groß bzw. nimmt noch an Be-

⁵ Nach vorläufigen Zahlen für 2010 hat sich die Zahl der Jugendlichen im Übergangssystem weiter auf nunmehr 324.000 (ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen) verringert (Statistisches Bundesamt 2011).

⁶ Im Jahr 2008 betrug der Anteil 51,7 Prozent, im September 2009 dagegen 45,7 Prozent. Allerdings erfolgte im letzten Jahr eine Umstellung in der Statistik, so dass der Wert nicht mit den Vorjahren vergleichbar ist.

deutung zu. Nach der jüngsten IHK-Unternehmensbefragung konnte jedes fünfte Unternehmen nicht alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen (Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2010). Neben demographischen Faktoren wird auch immer häufiger mangelnde Ausbildungsreife als Ursache genannt. Über unzureichende schulische Qualifikationen hinaus werden in immer stärkerem Maße auch Defizite bei persönlichen Kompetenzen wie Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit und Disziplin berichtet. Damit ist zu erwarten, dass der Mismatch am Ausbildungsmarkt, also die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage in räumlicher und qualifikatorischer Hinsicht, trotz der Entlastung durch den demographischen Wandel auch künftig nicht verschwinden wird. So prognostiziert etwa der Nationale Bildungsbericht 2010 für 2025 immerhin noch 238.000 Teilnehmer in berufsvorbereitenden Maßnahmen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010).

Ein vordergründig eher günstiges Bild des Arbeitsmarktes für Jugendliche in Deutschland spiegelt sich zunächst auch am Anteil der Personen wider, die nicht mehr die Schule besuchen, keiner Ausbildung nachgehen und auch keinen Arbeitsplatz haben (NEET: Not in employment, education or training). Diese Gruppe ist besonders gefährdet, den Übergang von der Schule in den Beruf nicht zu bewältigen, und unterliegt bereits zum Beginn des Erwerbslebens dem Risiko, langzeitarbeitslos zu werden. Differenziertere Einblicke liefert Abbildung 2, die diesen Indikator für drei Altersgruppen zeigt.⁷ Zunächst fällt auf, dass der NEET-Anteil bei den 15- bis 19-Jährigen in Deutschland mit 3,7 Prozent sehr gering ausfällt. Noch niedrigere Werte weisen lediglich Dänemark, Tschechien, Polen, Luxemburg und die Niederlande auf. Wie in diesen Ländern trägt auch in der Bundesrepublik die relativ lange Schulpflicht⁸ dazu bei, das Problem der schwachen Bildungs- und Arbeitsmarktbindung gering zu halten. Werte von über zehn Prozent weisen dagegen Spanien und mit weitem Abstand die Türkei (33 Prozent) auf.

Betrachtet man die Gruppe der 20- bis 24-Jährigen, ändert sich das Bild erheblich. Deutschland belegt mit einem Wert von 14 Prozent nur noch einen Platz im Mittelfeld und liegt in etwa gleichauf mit Frankreich und Belgien. Eine deutlich bessere Bildungs- und Arbeitsmarktteilhabe gelingt den Niederlanden, der Schweiz, einigen skandinavischen Ländern sowie Japan. Neben den südeuropäischen Ländern zeigen auch die USA und Großbritannien sowie Ungarn Schwächen bei diesem Indikator.

In der dritten Gruppe der jungen Erwachsenen im Alter zwischen 25 und 29 Jahren schneidet Deutschland nochmals schlechter ab. Hier sind 17 Prozent weder in der Schule noch in Ausbildung oder Erwerbsarbeit. Von diesem Anteil hat sich weit mehr als die Hälfte der Jugendlichen bereits vom Arbeitsmarkt zurückgezogen und sucht nicht mehr aktiv nach einer Beschäftigung.

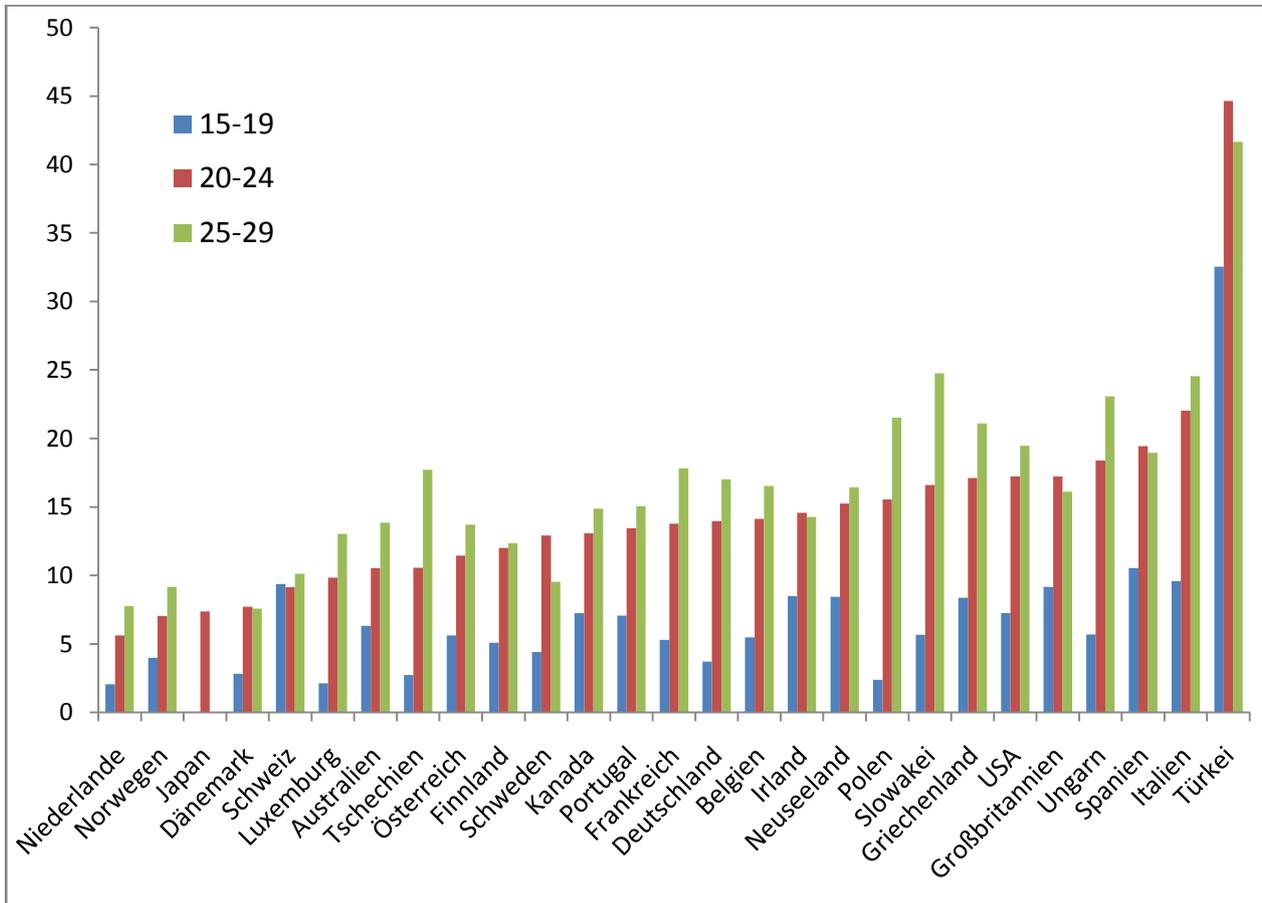
Insgesamt ist es auffällig, dass die Arbeitsmarkt- und Bildungsteilhabe in Deutschland mit zunehmendem Alter junger Menschen abnimmt. Ein derartiges Muster lässt sich in dieser Deutlichkeit sonst nur bei Tschechien erkennen. Insofern scheinen die Arbeitsmarktprobleme Jugendlicher in der Bundesrepublik weniger beim ersten Einstieg zu bestehen. Es liegt die Vermutung nahe, dass Schwierigkeiten eher dadurch entstehen, dass junge Menschen mit Ausbildungshemmnissen zwar

⁷ Die Anteile sind nicht als Arbeitslosenquoten im gebräuchlichen Sinn zu interpretieren, da die Bezugsgröße üblicherweise aus der Zahl der Erwerbspersonen besteht, während hier die Zahl aller Personen zugrunde liegt, unabhängig ob am Arbeitsmarkt aktiv oder nicht.

⁸ Die Ausgestaltung der Schulpflicht obliegt in Deutschland den Bundesländern. Gleichwohl besteht in der Regel überall faktisch eine Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr.

zunächst in öffentlich geförderten Maßnahmen unterkommen, diese aber keinen Berufsabschluss vermitteln und somit auch keine nachhaltige Arbeitsmarktintegration gewährleisten können.

Abbildung 2: Anteil der Jugendlichen, die keiner schulischen oder betrieblichen Ausbildung nachgehen und auch keinen Arbeitsplatz haben, an allen Personen in der jeweiligen Altersgruppe in Prozent, 2008



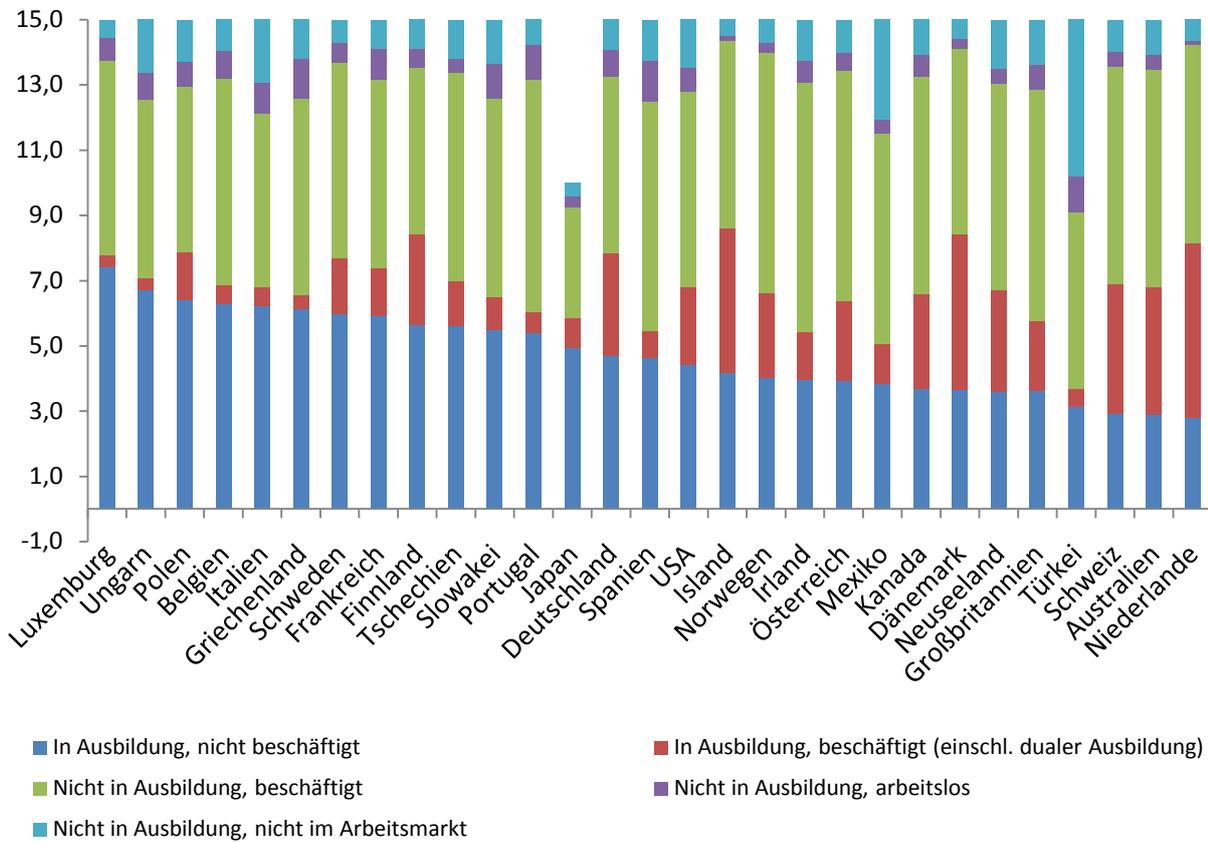
Quelle: OECD 2010c.

Anmerkung: Abbildung ist sortiert nach der Gruppe der 20- bis 24-Jährigen. Für Japan liegen lediglich für die Gruppe der 20- bis 24-Jährigen Daten vor.

In Abbildung 3 ist dargestellt, wie sich die Gruppe der 15- bis 29-Jährigen durchschnittlich auf Zeiten der Inaktivität⁹, der Arbeitslosigkeit, der Beschäftigung sowie der schulischen und beruflichen Bildung aufteilt. Die Säule für Deutschland gibt beispielsweise an, dass sich Jugendliche während der 15 Jahre im Mittel 4,7 Jahre in schulischer und 3,2 Jahre in beruflicher Ausbildung (im dualen System) befinden. 5,4 Jahre werden in Beschäftigung verbracht und jeweils ein knappes Jahr in Arbeitslosigkeit bzw. Inaktivität. Betrachtet man schulische und berufliche Bildung zusammen, so zeigt sich, dass Deutschland gemeinsam mit Finnland, Island, Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden, Schweden und Polen zu den Ländern gehört, in denen die gesamte Bildungszeit oberhalb der Sekundarstufe I mit ca. acht Jahren relativ lang ist. In Irland und Mexiko beträgt diese Zeit dagegen nur etwa fünf, in der Türkei sogar nur 3,5 Jahre. Auffällig lange Zeiten der Inaktivität bzw. Arbeitslosigkeit haben demgegenüber Italien sowie Mexiko und die Türkei.

⁹ Mit inaktiv werden arbeitslose Personen bezeichnet, die nicht (mehr) aktiv auf der Suche nach einer Erwerbstätigkeit sind.

Abbildung 3: Durchschnittliche Struktur der Zeiten in Ausbildung, Beschäftigung und Erwerbslosigkeit für 15- bis 29-Jährige in Jahren, 2008



Quelle: OECD 2010c.

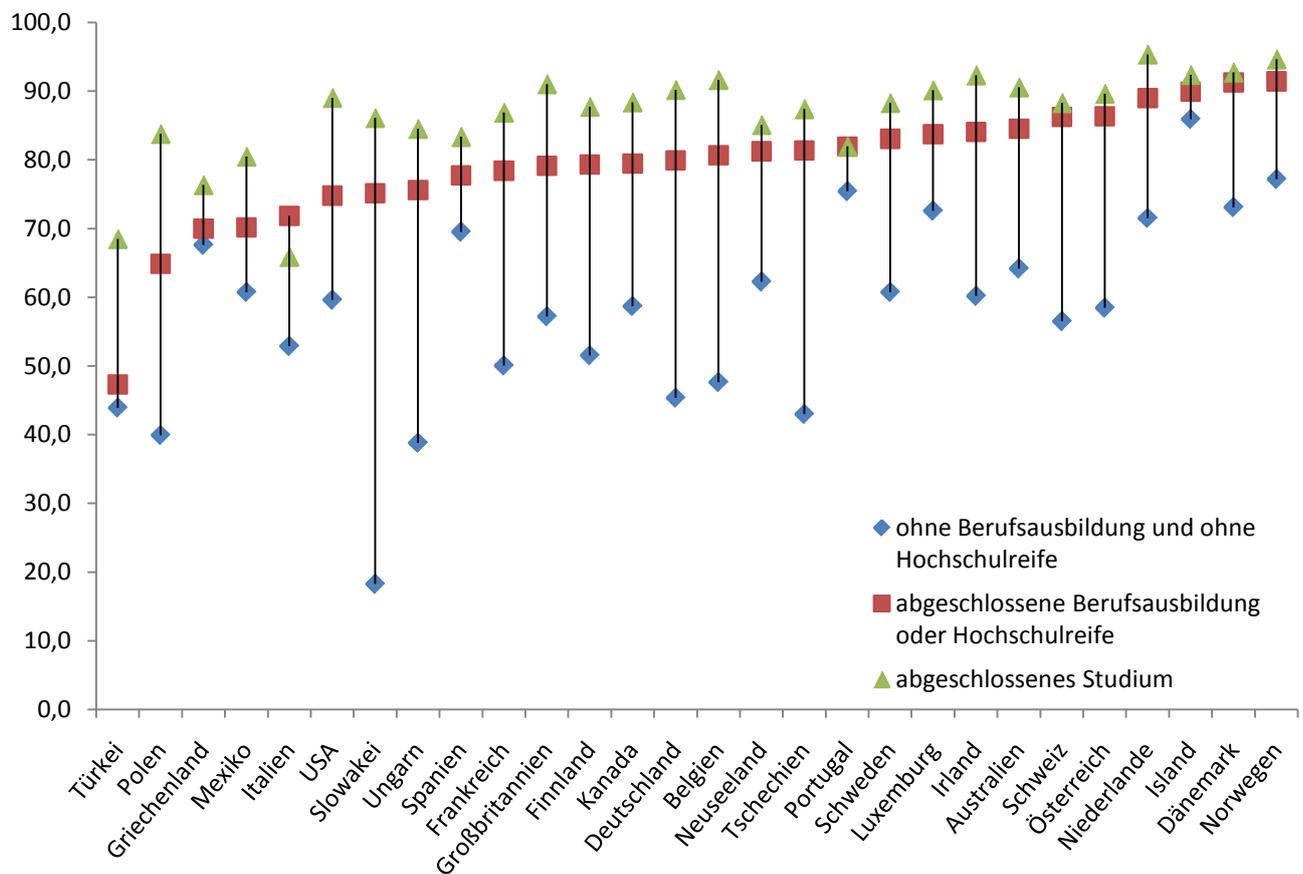
Anmerkung: Die Daten für Japan beziehen sich auf 15- bis 24-Jährige. Daher umfasst die zugehörige Säule in der Abbildung lediglich zehn Jahre.

Neben dem Anteil der arbeitslosen bzw. inaktiven Jugendlichen ist auch die Beschäftigungsquote kennzeichnend für die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes und des Ausbildungssystems in diesem Segment. Die Betrachtung allgemeiner Beschäftigungsquoten für die Altersgruppe der Jugendlichen ist jedoch wenig aussagekräftig, da die unterschiedlichen Schul-, Ausbildungs- und Hochschulsysteme das Bild stark verzerren. So liefert etwa das deutsche System der dualen Berufsausbildung in der Tendenz eine hohe Beschäftigungsquote, während berufliche Bildung, die ausschließlich einem schulischen Ansatz folgt, eher niedrige Beschäftigungsquoten ausweist. Die OECD berichtet seit einiger Zeit jedoch auch Beschäftigungsanteile für Jugendliche im Alter zwischen 15 und 29 Jahren, die ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben. In Abbildung 4 sind diese Daten für die drei Qualifikationsniveaus „Hochschulabschluss“, „Berufsausbildung oder Hochschulreife“ und „weder abgeschlossene Berufsausbildung, noch Hochschulreife“ dargestellt.

Deutschland weist nach der Slowakei und Ungarn die dritthöchste Spreizung der Beschäftigungsquoten auf. Während die Beschäftigungsquote von Jugendlichen mittlerer Qualifikation einen durchschnittlichen Platz belegt, zählt der Beschäftigungsanteil von Hochschulabsolventen zu den höchsten im internationalen Vergleich. Auffällig ist, dass in der Bundesrepublik Hochschulabsol-

venten nochmals deutlich höhere Beschäftigungschancen haben als Jugendliche mit einer Berufsausbildung oder Abitur. Auf der anderen Seite liegt die Beschäftigungsquote Geringqualifizierter sehr niedrig. In lediglich fünf Ländern fällt sie noch geringer aus, wobei Ungarn, Polen und insbesondere die Slowakei mit einer Quote von unter 40 Prozent am Ende des Vergleichs liegen. Deutlich näher beieinander liegen Jugendliche geringer und mittlerer Qualifikation in den skandinavischen Ländern, aber auch in Neuseeland. Ebenfalls in diesen Ländern und zusätzlich auch in Österreich und der Schweiz sind die Arbeitsmarktchancen von Mittel- und Hochqualifizierten nahezu gleich. Auffällig sind schließlich noch Italien und Portugal. In diesen Ländern haben es Hochschulabsolventen sogar schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden, als Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder Hochschulreife.

Abbildung 4: Beschäftigungsquote Jugendlicher, die das schulische und berufliche Bildungssystem bereits verlassen haben nach Qualifikationsstufen, 2007

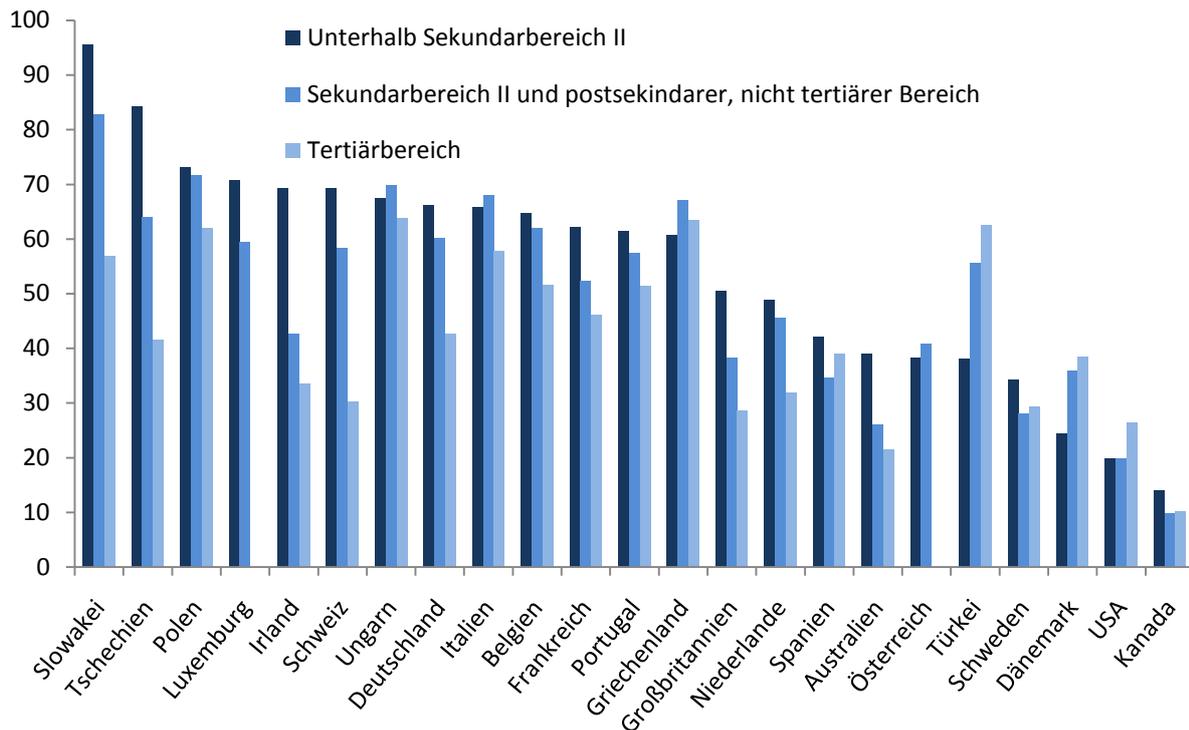


Quelle: Scarpetta et al. 2010.

Neben dem Umfang der Erwerbstätigkeit sind auch Arbeitszeiten wichtige Kennziffern für die Beschäftigungssituation junger Menschen. Die OECD stellt dafür Daten zur unfreiwilligen Teilzeit bereit, allerdings nur für die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen. Dabei scheint unfreiwillige Teilzeitarbeit OECD-weit nur schwach ausgeprägt zu sein. In lediglich sechs Ländern liegt der Anteil an allen Beschäftigten in dieser Altersgruppe bei fünf Prozent oder höher: Österreich, Norwegen, Spanien, Schweden (alle fünf Prozent), Niederlande (sechs Prozent) und Schweiz (acht Prozent). Für Deutschland liegt dieser Wert bei zwei Prozent.

Jugendliche, denen der Einstieg ins Erwerbsleben schwerfällt, unterliegen in der Tendenz auch einem höheren Risiko, in späteren Lebensphasen langzeitarbeitslos zu sein. Abbildung 5 zeigt den Anteil der Arbeitslosen, die länger als sechs Monate ohne Beschäftigung sind, an allen Arbeitslosen in der Gruppe der jungen Erwachsenen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren für drei unterschiedliche Bildungsniveaus. Wie für die meisten Länder zeigt sich auch für Deutschland zunächst, dass das Risiko, langzeitarbeitslos zu werden, geringer ist, je höher der Bildungsabschluss ausfällt. Allerdings gibt es mit Ungarn, Italien und Griechenland auch Länder, in denen die Langzeitarbeitslosigkeit in der mittleren Qualifikationsgruppe (Sekundarstufe II bis nicht-tertiärer Bereich) höher ist als in den anderen Gruppen. In der Türkei, Dänemark und den USA ist dagegen das Risiko für Akademiker am höchsten, langzeitarbeitslos zu sein. Zwar liegt Deutschland beim Anteil Langzeitarbeitsloser in der Gruppe Geringqualifizierter mit 66 Prozent auf dem achten Platz, doch trennen die Bundesrepublik und Luxemburg mit dem vierthöchsten Niveau lediglich fünf Prozentpunkte. In Großbritannien und den Niederlanden ist der Wert mit ca. 50 Prozent deutlich geringer, in Schweden liegt er bei einem Drittel und in Kanada sogar nur bei 14 Prozent.

Abbildung 5: Anteil der Langzeitarbeitslosen im Alter von 25 bis 34 Jahren an allen Arbeitslosen in dieser Altersgruppe nach Bildungsstand in Prozent, 2007



Quelle: OECD 2009a.

Anmerkung: Langzeitarbeitslos ist, wer sechs Monate nach Abschluss als erwerbslos gemeldet ist.

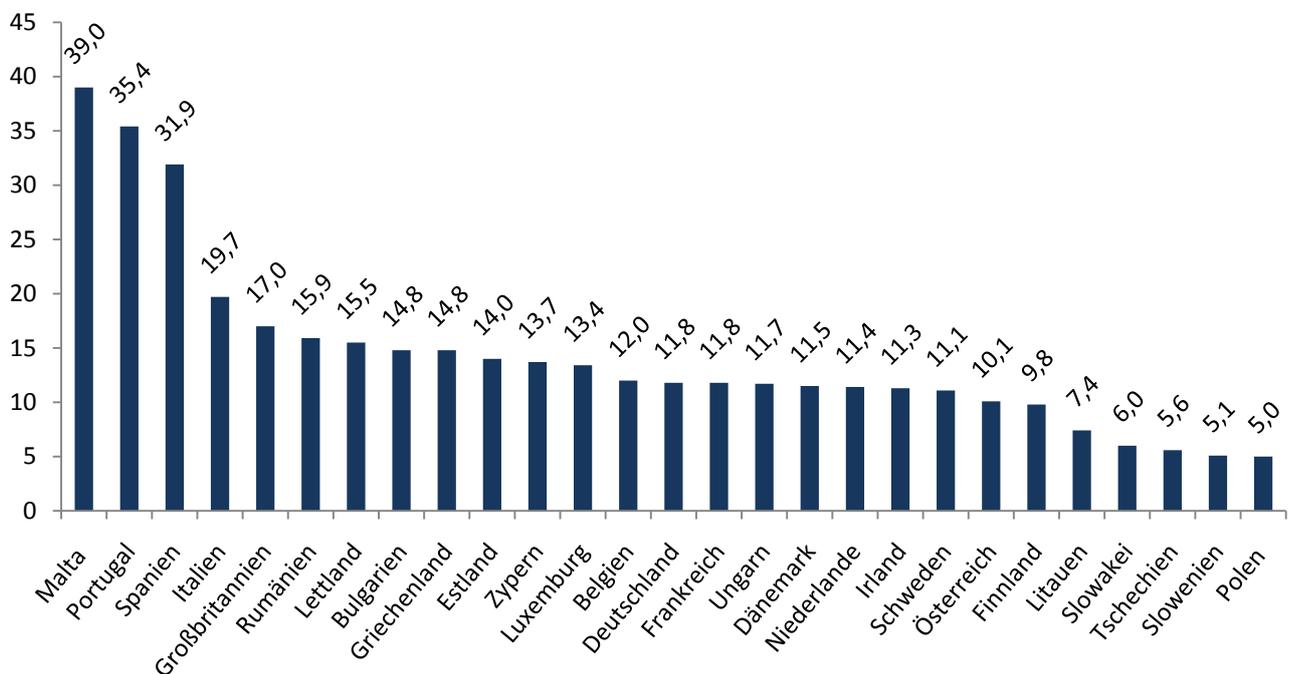
3.2 Ausbildungsrelevante Indikatoren des Schulsystems

Ein wesentlicher Erklärungsgrund für schlechte Beschäftigungschancen Jugendlicher ist unzureichende Schulbildung. Einen ersten Eindruck über die Relevanz dieses Problems liefert der Anteil der frühen Schulabgänger in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen (Abbildung 6). „Frühe Schulab-

gänger“ kennzeichnen in diesem Altersbereich Personen, deren Bildungsniveau den ISCED-Level 2 nicht übersteigt (in Deutschland entspricht dies der Sekundarstufe I) und die sich nicht mehr in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden.

Bei diesem Indikator liegt Deutschland mit 11,8 Prozent im Mittelfeld des Ländervergleichs. Mit Werten von über 30 Prozent stechen hier Spanien, Portugal und Malta hervor. Dagegen können Polen und Slowenien Anteile von 5 bzw. 4,3 Prozent vorweisen. Neben weiteren neuen EU-Mitgliedern haben auch Schweden und Finnland Quoten von weniger als zehn Prozent. Maßgeblichen Einfluss auf diese Quoten haben die Existenz und die Dauer der allgemeinen Schulpflicht sowie die Ausgestaltung des beruflichen Ausbildungssystems.

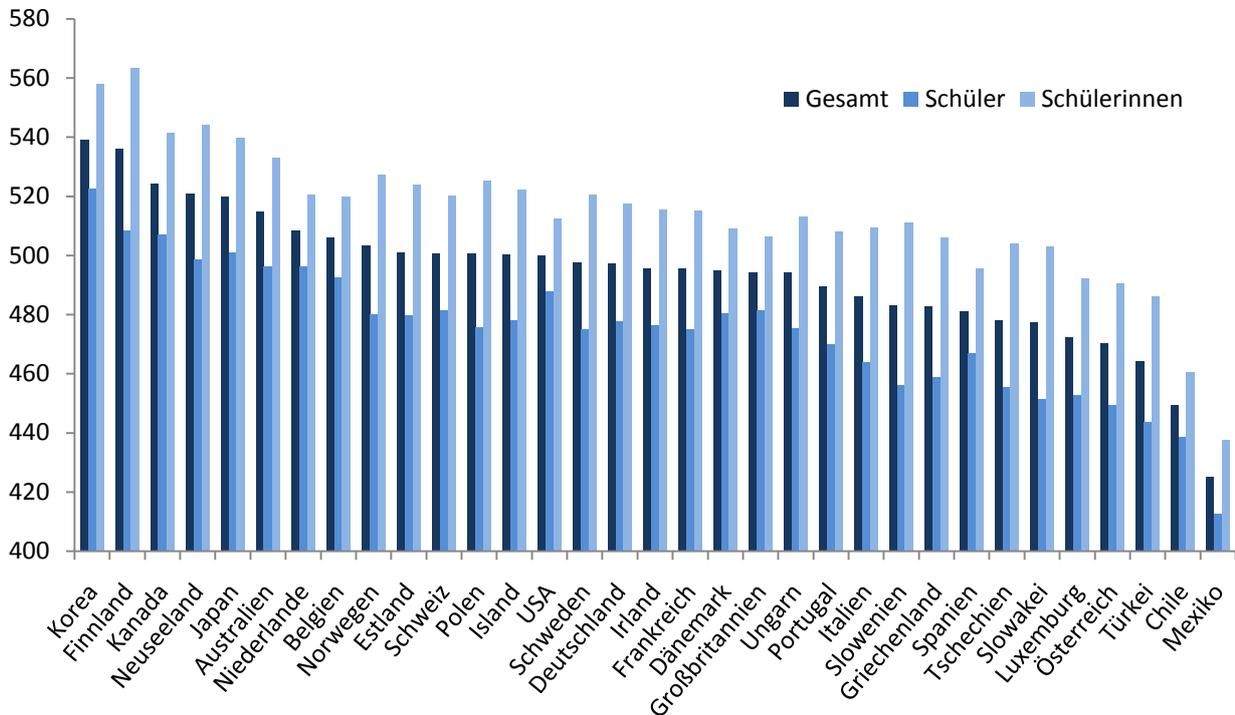
Abbildung 6: Anteil der frühen Schulabgänger in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen in Prozent, 2007



Quelle: Europäische Kommission 2010.

Der PISA-Test, der die Fähigkeiten von Jugendlichen international vergleichbar macht, gibt erste Anhaltspunkte, wie reif Schülerinnen und Schüler für den Berufseinstieg sind. Der Test legt einen Schwerpunkt auf die Lesekompetenz. Nach den Ergebnissen der PISA-Tests von 2009 liegt das durchschnittliche Lesekompetenzniveau von 15-Jährigen in Deutschland bei 497 Punkten und damit im Mittelfeld des Ländervergleichs (Abbildung 7). Wie bereits bei der Jugendarbeitslosigkeit lassen sich auch bei diesem Indikator keine Ländergruppen nach den üblichen Mustern bilden. Mit Südkorea liegt ein asiatisches Land an der Spitze gefolgt von Finnland. Schweden und Dänemark als weitere skandinavische Länder folgen aber erst im Mittelfeld. Dänemark liegt sogar knapp hinter Deutschland. Auch die Streuung kontinentaleuropäischer und angelsächsisch geprägter Länder ist relativ groß. Einzig die südeuropäischen liegen mit Werten von weniger als 490 Punkten gemeinsam am Ende des Feldes, gefolgt von der Türkei und Mexiko.

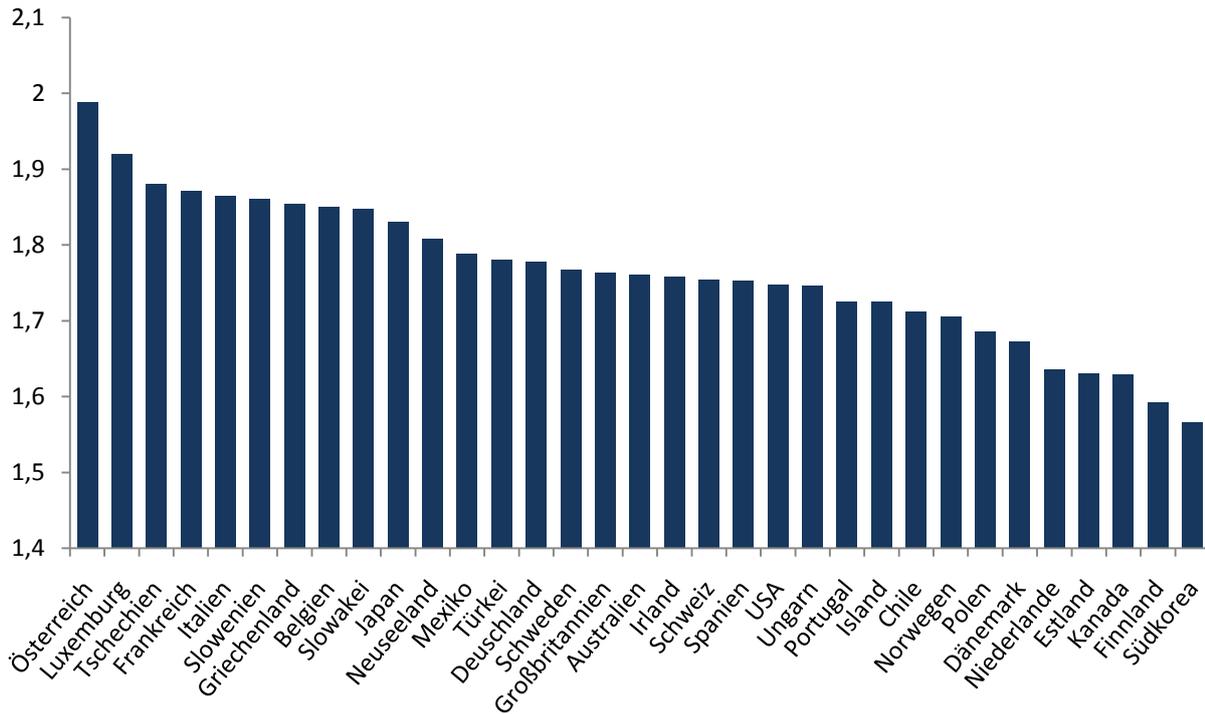
Abbildung 7: Durchschnittlich erreichtes Lesekompetenzniveau beim PISA-Test in Punkten, 2009



Quelle: OECD 2010a.

Des Weiteren fällt die Streuung der Ergebnisse im Allgemeinen vergleichsweise hoch aus (Abbildung 8). In der Gruppe mit der größten Streuung übertreffen die Ergebnisse der zehn Prozent besten Schüler die zehn Prozent mit den schlechtesten Leistungen nahezu um das Zweifache. Österreich, Luxemburg, Tschechien und Frankreich gehören zu dieser Gruppe. Bemerkenswerterweise fallen die Ungleichmäßigkeiten der Kompetenzverteilung genau bei denjenigen drei Ländern am geringsten aus, die auch die höchste Lesekompetenz aufweisen. Das sind Finnland, Südkorea und Kanada. Ihnen gelingt es, hohe Bildungsqualität mit hoher Ausgeglichenheit der Bildungschancen zu vereinen. Deutschland liegt bei diesem Indikator im Mittelfeld und in etwa mit Schweden und Großbritannien gleichauf.

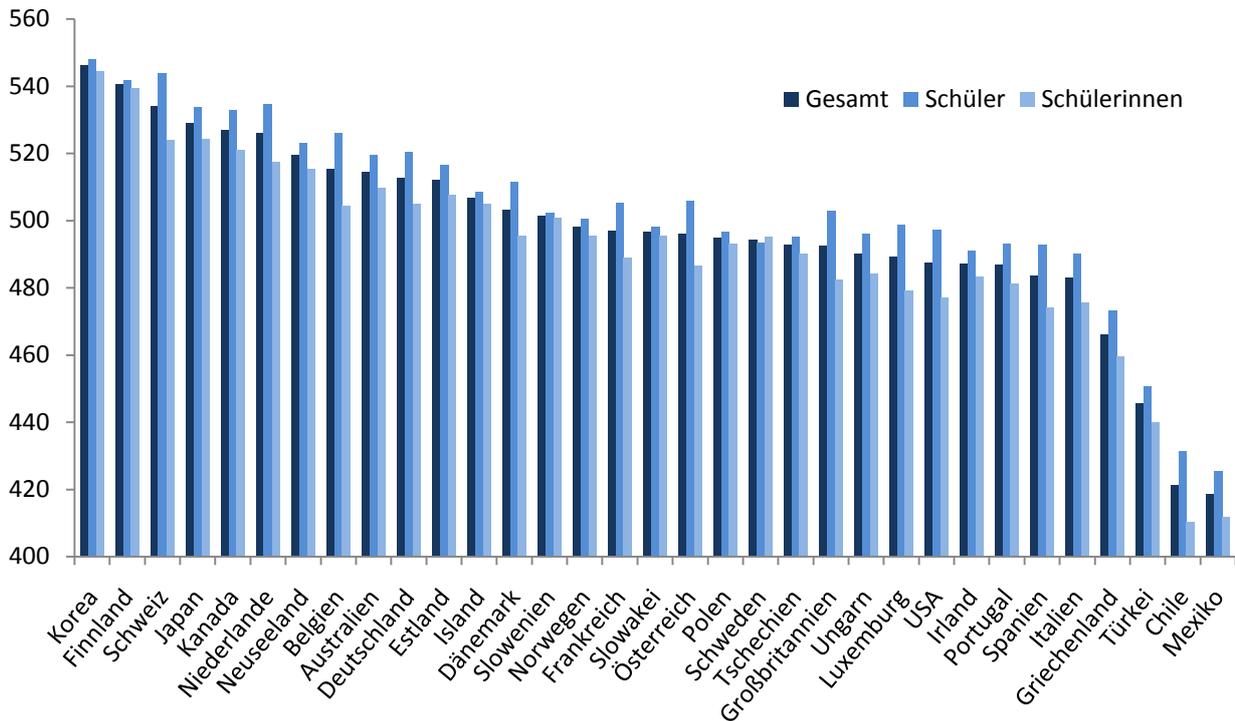
Abbildung 8: Ungleichverteilung der Lesekompetenz beim PISA-Test, 2009



Quelle: OECD 2010a. Anmerkung: Beiden Werten handelt es sich um das Verhältnis der zehn Prozent besten zu den zehn Prozent schlechtesten Ergebnissen.

Während im sprachlichen Bereich die Schülerinnen in allen beteiligten Ländern durchweg besser abschneiden, liegen bei den mathematischen Fähigkeiten die Schüler vorn (Abbildung 9). Die einzige Ausnahme bildet Schweden, wo die Mädchen auch in diesem Feld bessere Ergebnisse erreichen. Ferner fällt auf, dass der Abstand zwischen Schülern und Schülerinnen im mathematischen Bereich insgesamt geringer ausfällt. Die internationalen Spitzenländer bei der Lesekompetenz finden sich auch beim Umgang mit mathematischen Fragestellungen wieder auf den vorderen Plätzen. Korea und Finnland belegen auch hier die ersten beiden Ränge. Das Mittelfeld sortiert sich neu, nur am Ende findet man dieselben drei Länder wie schon bei der Lesekompetenz, nämlich die Türkei, Chile und Mexiko. Deutschland befindet sich im Bereich Mathematik im oberen Mittelfeld und lässt Frankreich, Österreich sowie alle skandinavischen Länder bis auf Finnland hinter sich.

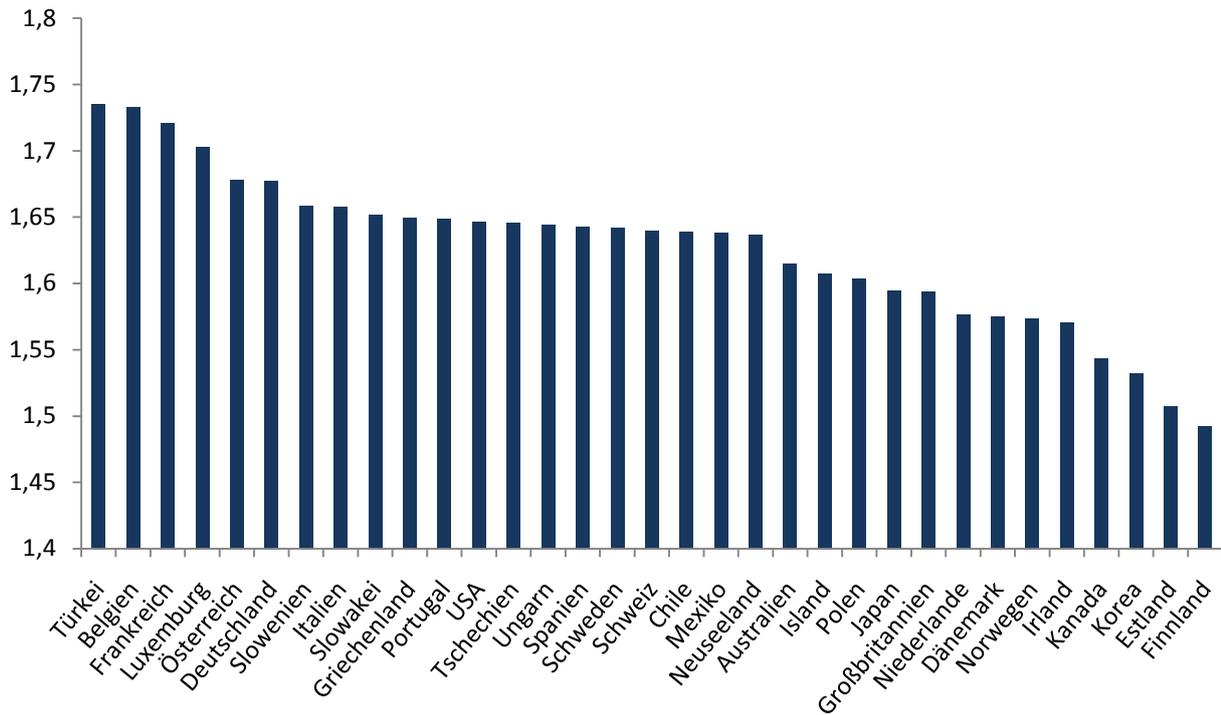
Abbildung 9: Durchschnittlich erreichtes Kompetenzniveau im Bereich Mathematik beim PISA-Test in Punkten, 2009



Quelle: OECD 2010a.

Nicht nur Mädchen und Jungen, sondern auch besonders leistungsstarke und leistungsschwache Schülerinnen und Schüler liegen im Bereich Mathematik näher beieinander (Abbildung 10). Das Zahlenverhältnis zwischen den besten und schlechtesten zehn Prozent der Testergebnisse liegt in allen Ländern deutlich unterhalb von zwei. Besonders groß fällt die Diskrepanz in der Türkei und in Belgien aus. Aber mit Frankreich, Luxemburg, Österreich und Deutschland weist auch eine Reihe von kerneuropäischen Staaten noch erhebliche Unterschiede in den Leistungen auf. Am anderen Ende der Skala befinden sich abermals die Länder, deren Schüler besonders gut abschnitten. Am geringsten fällt der Leistungsunterschied in Finnland aus, gefolgt von Estland, Korea und Kanada.

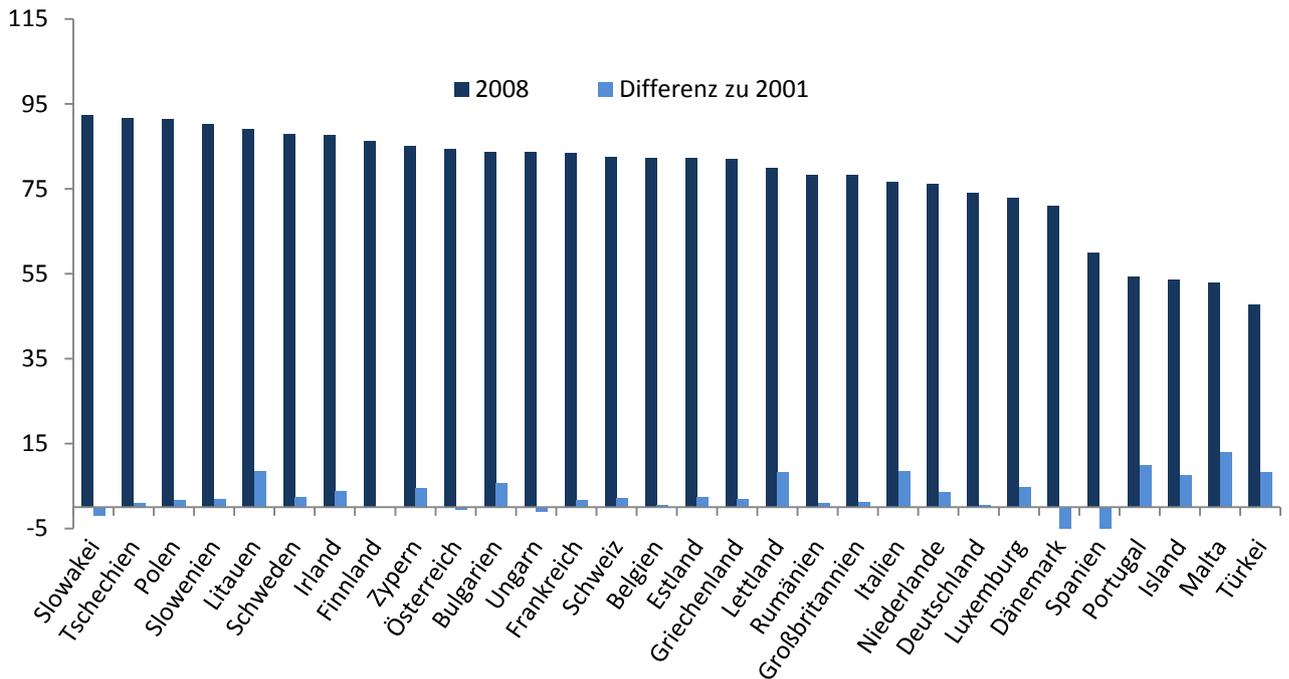
Abbildung 10: Ungleichverteilung der Kompetenz im Bereich Mathematik beim PISA-Test, 2009



Quelle: OECD 2010a. Anmerkung: Beiden Werten handelt es sich um das Verhältnis der zehn Prozent besten zu den zehn Prozent schlechtesten Ergebnissen.

Weiterhin kennzeichnend für Leistungsfähigkeit der schulischen Bildung ist der Anteil der jungen Menschen, die einen Abschluss der Sekundarstufe II (Abitur oder abgeschlossene Berufsausbildung) vorweisen können. Deutschland liegt bei diesem Indikator in der Gruppe der 20- bis 24-Jährigen relativ weit hinten (Abbildung 11). Lediglich 74,1 Prozent haben entweder eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur. Auf einem ähnlichen Niveau liegen Länder wie Großbritannien, Italien, die Niederlande, Luxemburg und Dänemark. Nochmals deutlich geringer – zwischen 60 und 48 Prozent – liegt der Anteil in Spanien, Portugal, Island, Malta und der Türkei. Am vorderen Ende des Vergleichs finden sich demgegenüber zunächst mittel- und osteuropäische Länder mit Quoten von teilweise über 90 Prozent. Schweden, Irland und Finnland folgen mit Werten um 87 Prozent als erste Staaten der alten EU-15.

Abbildung 11: Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit mindestens Sekundarstufe II-Abschluss in Prozent, 2008 und Veränderung gegenüber 2001 in Prozentpunkten



Quelle: OECD 2010.

4 Lebenslanges Lernen

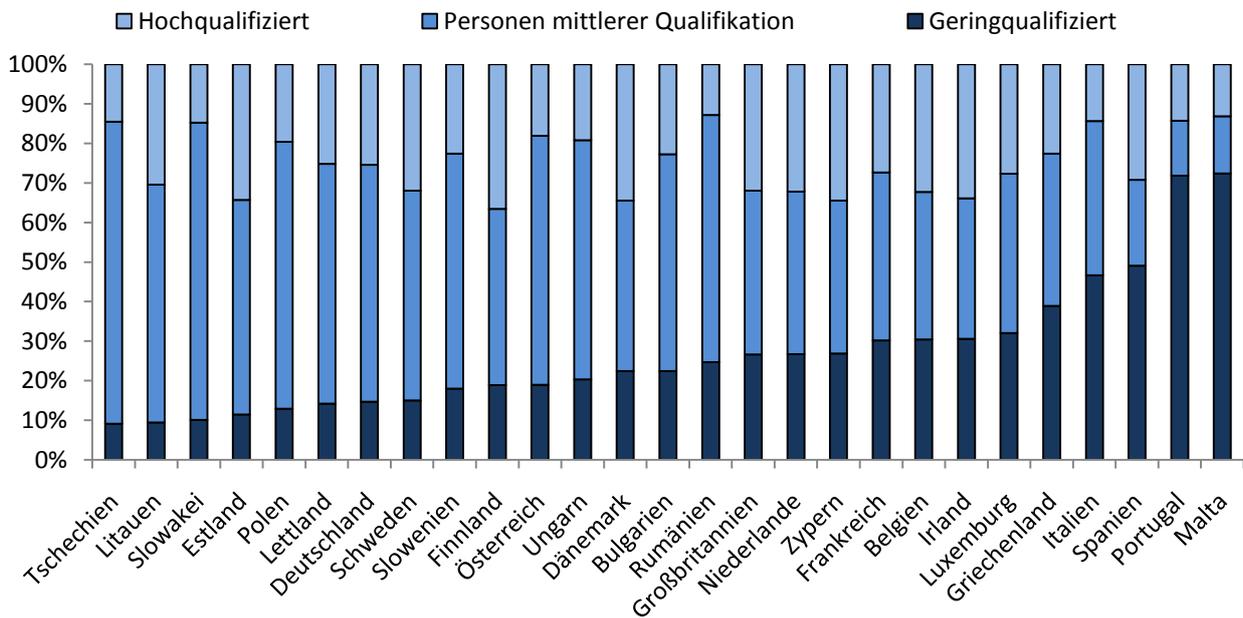
Berufsbezogene Weiterbildung und lebenslanges Lernen helfen, die einmal erworbenen Qualifikationen im Verlauf eines länger werdenden Erwerbslebens zu erhalten und an veränderte Anforderungen anzupassen. Lebenslanges Lernen ist damit eine zentrale Bedingung, um über längere Zeit erfolgreich am Berufsleben teilhaben und sich in einer dynamischen Wirtschaft bewähren zu können. Wie eine qualifizierte Erstausbildung erhöht auch eine angemessene Weiterbildung die Möglichkeit, kontinuierlich berufstätig zu sein und ein höheres Einkommen zu erzielen. Eine unzureichende Weiterentwicklung der beruflichen Qualifikation kann das Risiko steigern, arbeitslos zu werden oder von der beruflichen und gehaltlichen Entwicklung abgekoppelt zu werden.

Bei der Qualifikationsstruktur der erwachsenen Bevölkerung wird im internationalen Vergleich typischerweise nach geringer Qualifikation (kein weiterführender Schul- oder Berufsabschluss), mittlerer Qualifikation (weiterführender Schulabschluss oder abgeschlossene Berufsausbildung) und hoher Qualifikation (Hochschulabschluss) unterschieden. Bezogen auf die erwachsene Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren zeigt sich in Deutschland nach wie vor eine breite Mehrheit (60 Prozent) an Personen mit einem mittleren Qualifikationsniveau (Abbildung 12). Demgegenüber ist der Anteil Geringqualifizierter mit 15 Prozent vergleichsweise klein, aber auch die Gruppe der Hochqualifizierten ist mit 25 Prozent weniger umfangreich als in vielen anderen Vergleichsländern.

Ein deutlich höherer Anteil von Personen ohne weiterführenden Schul- oder Berufsabschluss findet sich mit mehr als 40 Prozent in den südeuropäischen Ländern. Aber auch in den Benelux-Ländern

und Frankreich sowie Irland ist mehr als ein Viertel der erwachsenen Erwerbsbevölkerung geringqualifiziert. Allerdings ist in diesen Ländern auch der Prozentsatz der Akademiker merklich höher als in Deutschland. Die kleinsten Anteile Geringqualifizierter weisen mit den baltischen Staaten sowie Tschechien, der Slowakei und Polen ausnahmslos neue EU-Mitglieder auf. Dies ist auch auf die dortigen Schul- und Ausbildungssysteme zurückzuführen. Die Spitzenreiter bei den Hochqualifizierten lassen sich dagegen nicht einer bestimmten Ländergruppe zuordnen. Anteile von mehr als 30 Prozent finden sich in den skandinavischen Ländern, aber auch in Estland, Großbritannien, Belgien oder den Niederlanden.

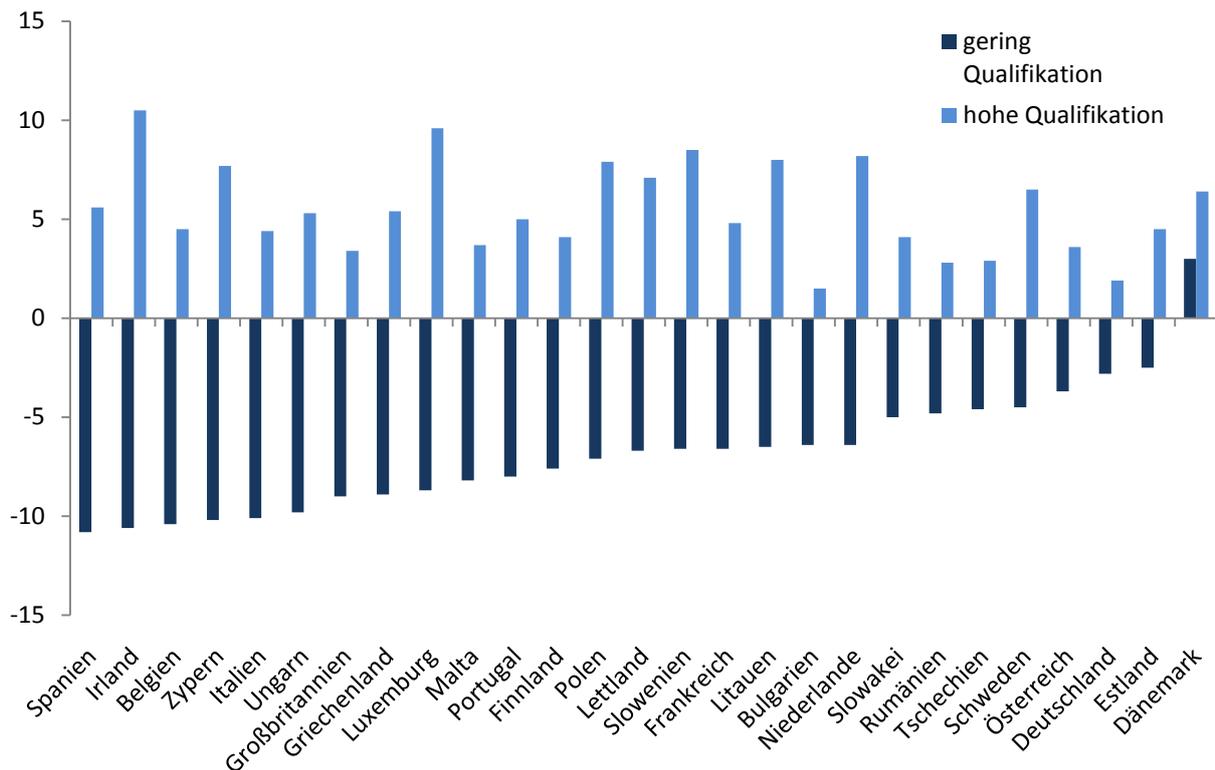
Abbildung 12: Erwachsene Bevölkerung nach Qualifikationsstruktur in Prozent, 2008



Quelle: Europäische Kommission 2010.

Wie Abbildung 13 zeigt, hat sich die Bildungsstruktur in Deutschland im abgelaufenen Jahrzehnt leicht verbessert. Allerdings fällt der Rückgang des Anteils Geringqualifizierter mit drei Prozent recht gering aus. Andere Länder haben deutlich höhere und stärker wachsende Anteile an Akademikern, insbesondere die neuen EU-Mitgliedstaaten, aber auch Dänemark und Schweden. In diesen Ländern wurden zudem stärkere Fortschritte bei der Verminderung des Anteils von Geringqualifizierten erreicht. Sehr stark geschrumpft ist diese Gruppe in einigen südeuropäischen Ländern, aber auch in Belgien, Zypern, Ungarn, Großbritannien und Irland. Die höchsten Zuwächse in der Gruppe der Hochqualifizierten haben viele mittel- und osteuropäische Länder zu verzeichnen, aber auch die skandinavischen Länder schneiden bei diesem Indikator gut ab.

Abbildung 13: Prozentuale Veränderung der Qualifikationsstrukturen, 2000 und 2008



Quelle: Europäische Kommission 2010.

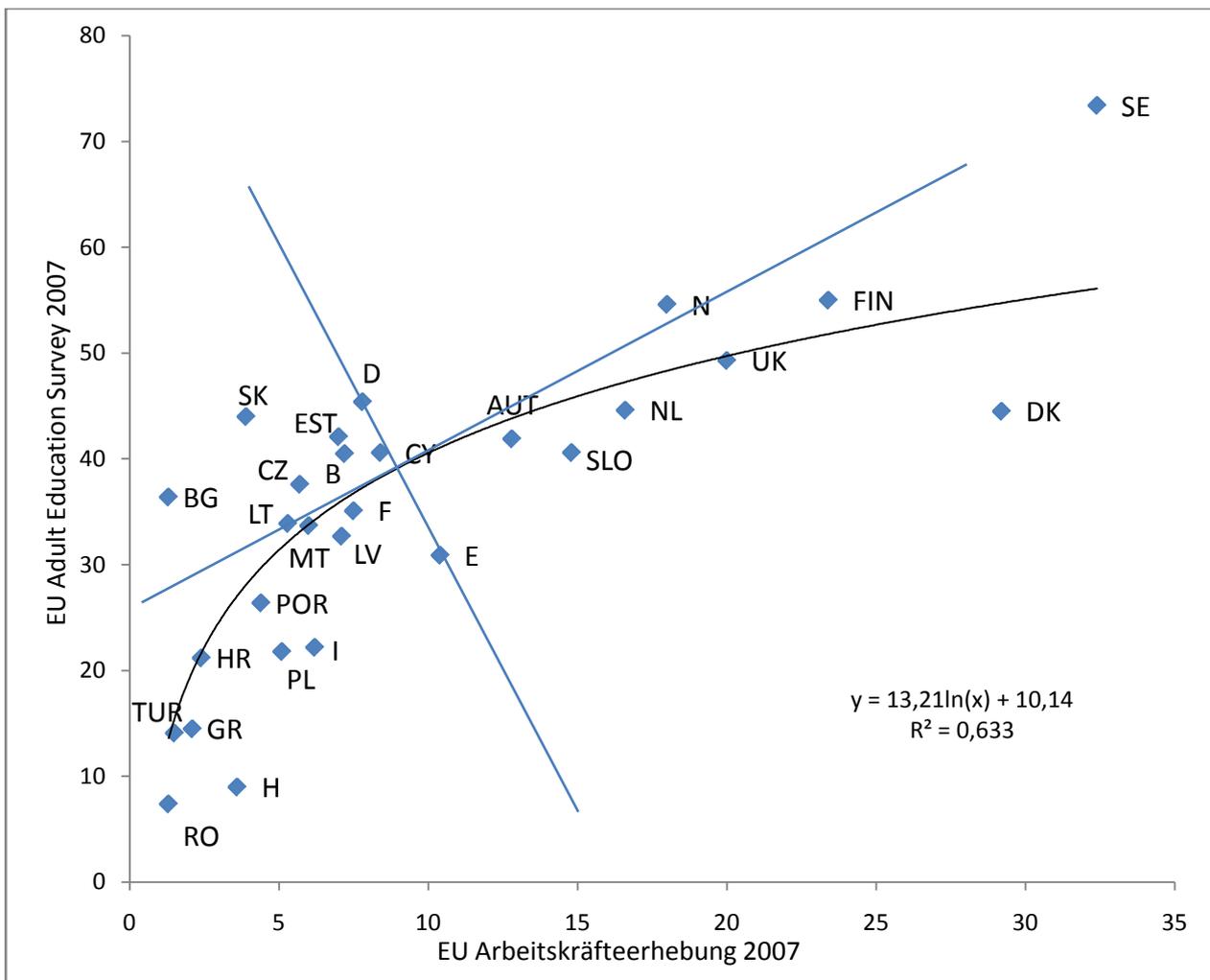
Weiterbildung ergänzt die schulische, berufliche oder akademische Erstausbildung und dient der Beschäftigungsfähigkeit ebenso wie der persönlichen Weiterentwicklung. Ein empirisches Bild des lebenslangen Lernens im internationalen Vergleich zu zeichnen, ist schwierig, da die Datenlage in diesem Bereich sehr disparat ist. Es gibt im Wesentlichen drei voneinander unabhängige Quellen: die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU LFS), das Zentrum für die Entwicklung beruflicher Bildung der Europäischen Union (CEDEFOP) sowie seit kurzer Zeit den Adult Education Survey (EU AES). Allen drei ist gemein, dass die erhobenen Daten auf repräsentativen Umfragen beruhen. Erhebliche Unterschiede bestehen jedoch in den genauen Formulierungen der Fragen, so dass die Erhebungen explizit wie implizit unterschiedliche Gewichtungen der verschiedenen Arten von Weiterbildung vornehmen. Generell kann zwischen drei Formen des lebenslangen Lernens differenziert werden. Formale Weiterbildung findet im institutionalisierten Bildungssystem statt, also im Wesentlichen in Schule und Hochschule, etwa im Rahmen von Aufbaustudiengängen oder Meisterschulen. Demgegenüber erfolgt das nicht-formale Lernen im Rahmen der Teilnahme an Kursen, Seminaren, Veranstaltungen und Vorträgen außerhalb des institutionalisierten Bildungssystems, aber in organisierter Form. Der dritte Bereich umfasst schließlich das informelle Lernen, das sich außerhalb von Unterrichtsformen vollzieht, etwa durch „Learning by doing“ am Arbeitsplatz.

Wichtig ist darüber hinaus auch der Rahmen, innerhalb dessen die Informationen zur Weiterbildung erfragt werden. Während die Arbeitskräfteerhebung ihr Hauptinteresse auf Art und Umfang der Erwerbssituation legt, so dass die Aspekte des lebenslangen Lernens eher randständigen Charakter haben, stehen diese bei der CEDEFOP-Erhebung und im Adult Education Survey im Mittelpunkt. Ein weiterer Unterschied liegt weiterhin in der Länge des Zeitraums, in dem eine Wei-

terbildung stattgefunden haben muss, um berücksichtigt zu werden. Schließlich unterscheiden sich die Quellen auch hinsichtlich ihrer Erhebungshäufigkeit. Die Arbeitskräfteerhebung wird jährlich durchgeführt, zwischen den Wellen der beiden anderen Erhebungen liegen längere Zeiträume (von Rosenblatt/Bilger 2008). Die letzten verfügbaren CEDEFOP-Daten, die für den internationalen Vergleich des lebenslangen Lernens relevant sind, stammen aus dem Jahr 2005. Aus diesem Grund wird im Weiteren auf die Betrachtung dieser Quelle verzichtet.

Die europäische Arbeitskräfteerhebung ermittelt aufgrund des kurzen Beobachtungszeitraumes von lediglich vier Wochen vor der Befragung relativ geringe Weiterbildungsquoten. Weiterhin wird formale Weiterbildung in den Befragungsergebnissen stärker berücksichtigt als nicht-formale. Der Adult Education Survey vermeidet demgegenüber eine derartige Schieflage, indem in den Interviews wesentlich ausführlicher auf nicht-formales Lernen abgestellt wird. Außerdem ist der betrachtete Zeitraum mit 12 Monaten wesentlich weiter gefasst. Beides führt dazu, dass die berichteten Weiterbildungsquoten erheblich höher ausfallen. Informelles Lernen wird in den an dieser Stelle berichteten Daten nicht berücksichtigt.

Abbildung 14: Teilnahmequoten an Weiterbildung nach der EU-Arbeitskräfteerhebung und dem Adult Education Survey in %, 2007



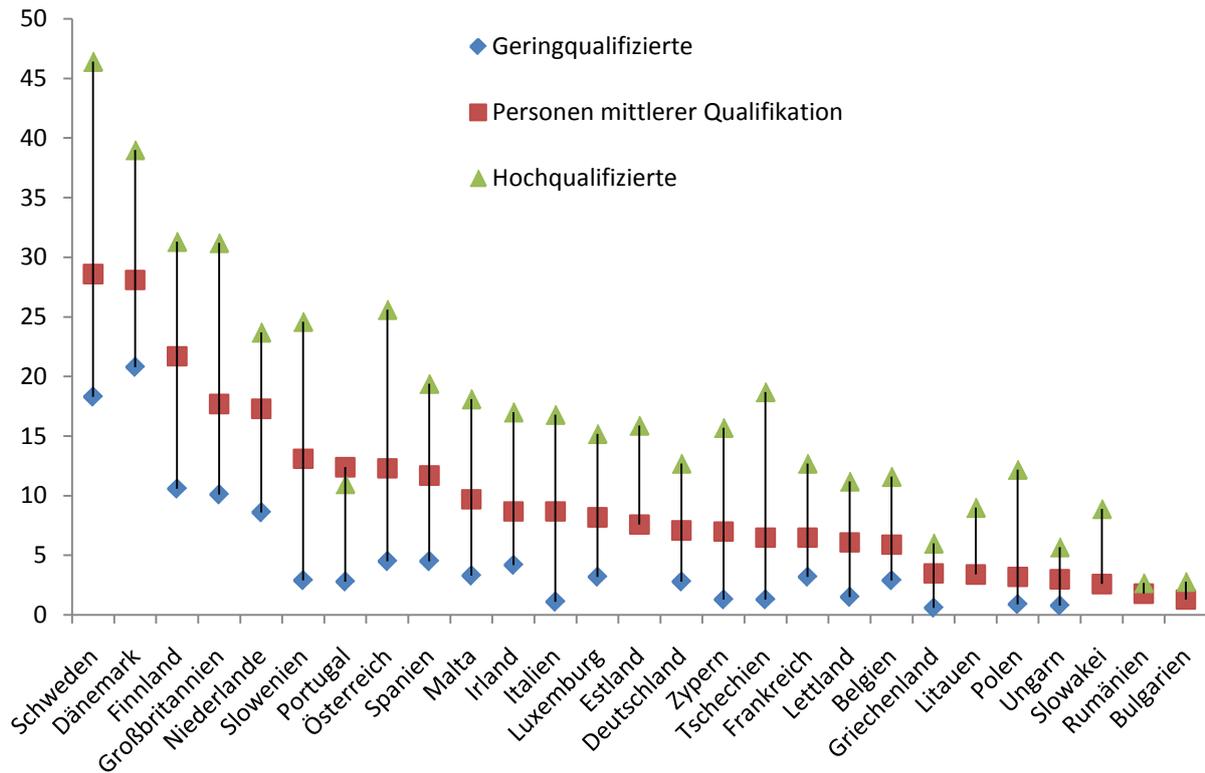
Quelle: EU Arbeitskräfteerhebung 2010, EU Adult Education Survey 2010; eigene Darstellung.

Aufgrund der sehr heterogenen Vorgehensweisen und dementsprechenden Ergebnissen erscheint es an dieser Stelle eher sinnvoll, Aussagen über die Platzierungen im Vergleich als über Zahlenwerte zu treffen. Nach den Resultaten der Arbeitskräfteerhebung liegt Deutschland mit einer Weiterbildungsbeteiligung von knapp acht Prozent in einem Zeitraum von vier Wochen vor der Befragung im Mittelfeld des Vergleichs auf Platz 11 von 28 Ländern (Abbildung 14, horizontale Achse). Deutlich besser schneiden mit Werten zwischen 18 Prozent (Norwegen) und 32,4 Prozent (Schweden) alle skandinavischen Länder ab. Großbritannien kommt auf einen Teilhabeanteil von 20 Prozent. Weitere Länder mit höheren Weiterbildungsquoten als in der Bundesrepublik sind die Niederlande, Slowenien, Österreich, Spanien und Zypern. Am anderen Ende des Länderspektrums befinden sich Griechenland, die Türkei, Bulgarien und Rumänien mit Werten von zwei Prozent und darunter.

Ein anderes Bild ergibt sich beim Blick auf die Ergebnisse des Adult Education Survey (Abbildung 14, vertikale Achse). Hier belegt Deutschland den fünften Rang hinter Schweden, Finnland, Norwegen und Großbritannien, aber noch vor Ländern wie Dänemark, den Niederlanden oder Österreich. Während die meisten Länder in beiden Erhebungen ähnliche Platzierungen einnehmen, ergeben sich für eine bestimmte Gruppe von Staaten erhebliche Unterschiede in den Rängen von fünf Plätzen oder mehr. Neben der Bundesrepublik zählen auch Dänemark, Italien, Spanien, Estland, Lettland, die Slowakei, Slowenien und Bulgarien dazu. Die Zusammensetzung dieser Gruppe lässt sich nicht aus wohlfahrtsstaatlichen Typologien ableiten, so dass zumindest nicht auf eine systematische Verzerrung aufgrund bestimmter Ländereigenschaften geschlossen werden kann.

Im Sinne eines heuristischen Gesamtbildes könnten die Länder hinsichtlich ihrer Position entlang der in Abbildung 14 dargestellten logarithmischen Kurve sortiert werden, die so in die Daten aus beiden Erhebungen einpasst wurde, dass die Abstandsquadrate der einzelnen Punkte zur Kurve minimiert werden. Danach belegt Deutschland den neunten Rang, knapp vor Spanien und Zypern. Lediglich vier Länder schneiden bei beiden Erhebungen besser als die Bundesrepublik ab. Eine nach beiden Indikatoren schwächere Performanz weisen 17 Staaten auf. Für sechs Länder lässt sich in der Gesamtschau keine eindeutige Aussage zu deren Lage gegenüber Deutschland treffen.

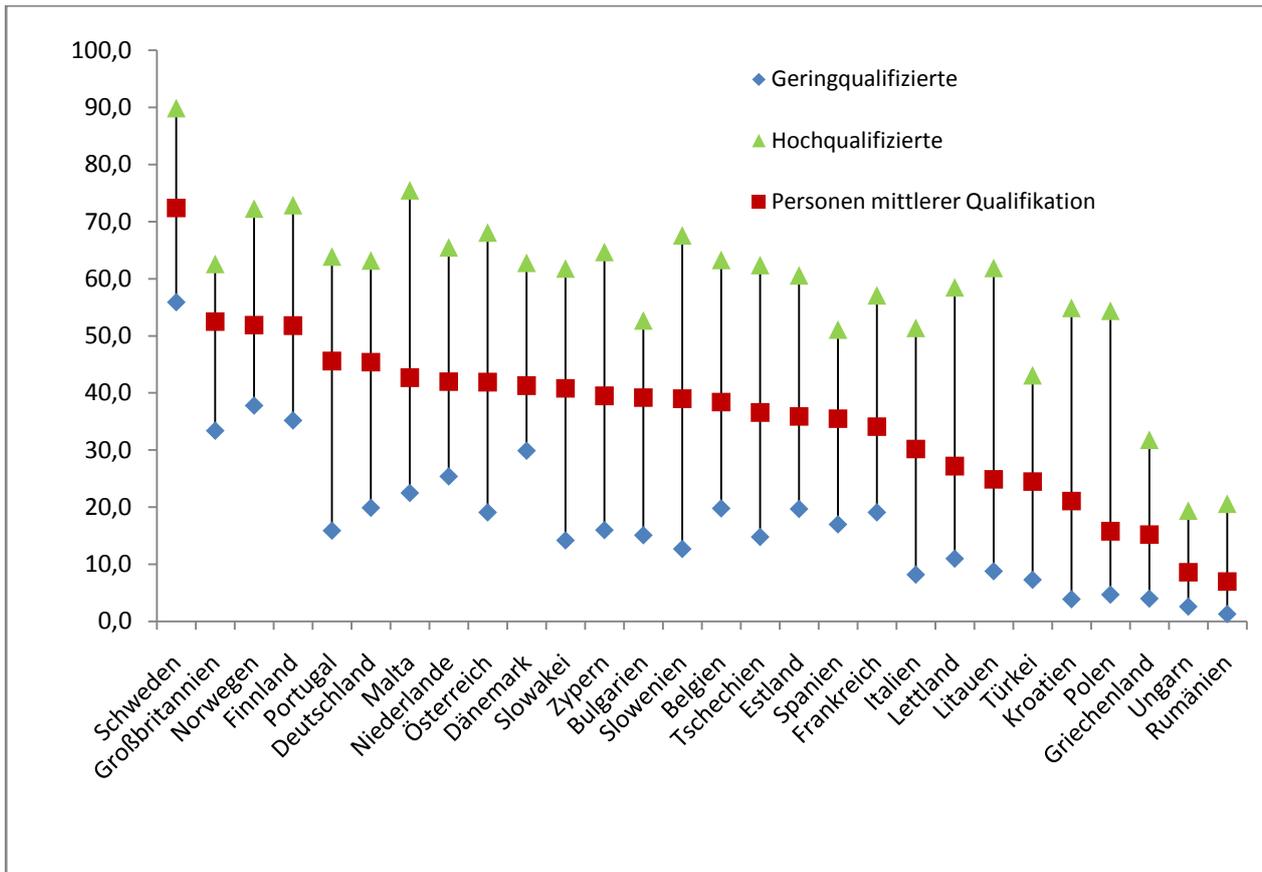
Abbildung 15: Beteiligung an Weiterbildung im Referenzzeitraum (EU Labour Force Survey) nach Bildungsniveau in Prozent, 2008



Quelle: Eurostat 2010.

Die Teilnahme an verschiedenen Formen der Weiterbildung hängt in den meisten Ländern in erheblichem Maße vom Ausbildungsniveau ab. Höher Qualifizierte nehmen wesentlich häufiger an Weiterbildung teil als Personen mit mittlerer Qualifikation. Eine nochmals geringere Teilhabe ist bei weniger Qualifizierten zu beobachten. Allerdings zeigen die Angaben der europäischen Arbeitskräfteerhebung von Eurostat für 2008 (Abbildung 15), dass beispielsweise die Partizipation von gering Qualifizierten in Schweden oder Dänemark noch die Beteiligung von hoch Qualifizierten an Weiterbildung in den meisten anderen Ländern deutlich übersteigt. Deutschland weist über alle Gruppen hinweg eine Partizipation an Weiterbildung auf, die im europäischen Mittelfeld liegt. Insgesamt fällt auf, dass die Spreizung der Weiterbildungsbeteiligung zwischen Hoch- und Geringqualifizierten tendenziell zunimmt, je höher der Stellenwert des lebenslangen Lernens insgesamt im jeweiligen Land ist. In Deutschland ist der Abstand zwischen den beiden Gruppen auffallend gering. Insbesondere für Hochqualifizierte liegt die Weiterbildungsquote nahe am gleichen Indikator für Personen mit mittlerer Qualifikation.

Abbildung 16: Beteiligung an Weiterbildung im Referenzzeitraum (EU Adult Education Survey) nach Bildungsniveau in Prozent, 2007



Quelle: EU Adult Education Survey Database 2011.

Auch auf der Basis des EU Adult Education Survey lässt sich eine Differenzierung nach Qualifikationsgruppen vornehmen. Bei den Personen mit Abitur oder abgeschlossener Berufsausbildung schneidet Deutschland wesentlich besser ab als bei der Arbeitkräfteerhebung. Hier belegt die Bundesrepublik nach den skandinavischen EU-Staaten (ohne Dänemark) und Portugal den fünften Rang. Bei Personen ohne weiterführenden Schulabschluss belegt Deutschland den siebten Rang, bei Hochqualifizierten den zehnten Rang. Wenn auch auf anderem Niveau, so zeigt sich dennoch für die unterschiedlichen Qualifikationsgruppen in Deutschland ein ähnliches Bild: Die Weiterbildungsstruktur ist eher komprimiert, so dass die Teilnahme am lebenslangen Lernen im Vergleich für Geringqualifizierte relativ besser und für Hochqualifizierte relativ schlechter ausgeprägt ist, als es die Gesamtplatzierung erwarten ließe. Im Gegensatz zur europäischen Arbeitkräfteerhebung werden nach dem Adult Education Survey auch die skandinavischen Ländern und Großbritannien als Staaten mit vergleichsweise komprimierter Weiterbildungsstruktur dargestellt, während die größte Spreizung im Mittelfeld abzulesen ist. Wesentlich schlechter gegenüber der Arbeitkräfteerhebung schneiden hier Dänemark, Slowenien, Spanien und Italien ab, während neben Deutschland noch die Slowakei und Bulgarien höhere Rangplätze einnehmen.

Mit dem Adult Education Survey lassen sich zusätzlich Aussagen über die mittlere Dauer von Aus- und Weiterbildung pro Teilnehmer machen. Für Deutschland ergibt sich ein kaum verändertes Bild. Die Bundesrepublik liegt hinter allen skandinavischen Ländern auf dem fünften Platz. Am unteren Rand des Vergleichs liegen mittel- und osteuropäische Länder, aber auch Frankreich und Großbri-

tannien befinden sich nur im hinteren Mittelfeld. Damit resultiert für das Vereinigte Königreich im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern eine große Diskrepanz zwischen hohen Teilnahmequoten einerseits und geringen Stundenzahlen andererseits.

Die Beteiligung an Weiterbildung geht in der Regel mit dem Lebensalter zurück. Allerdings treten hier enorme Niveauunterschiede zwischen den EU-Staaten zu Tage. Eine recht hohe Intensität von Weiterbildung ist in Dänemark und Schweden über den Lebensverlauf hinweg an der Tagesordnung, wie Tabelle 1 auf Basis der europäischen Arbeitskräfteerhebung zeigt. Die 55- bis 64-Jährigen nehmen im Referenzzeitraum noch zu über 20 Prozent an Weiterbildung teil, während es bei den Jüngeren 30 bis 40 Prozent sind. Deutschland erreicht mit 17 Prozent der jüngeren Erwachsenen ein deutlich niedrigeres Ausgangsniveau, das aber noch merklich über dem EU-Durchschnitt liegt (achter Rang), und verzeichnet dann im weiteren Verlauf des Erwerbslebens einen steilen Rückgang auf nur noch drei Prozent bei den älteren Arbeitnehmern. In dieser Gruppe belegt die Bundesrepublik den 12. Rang. Ein ähnliches Muster lässt sich in zahlreichen kontinentaleuropäischen Ländern beobachten, bei denen auch über längere Zeit eine Politik des vorgezogenen Ausscheidens aus dem Arbeitsmarkt betrieben worden ist, zum Beispiel in den Niederlanden oder Österreich.

Nach den Daten des Adult Education Survey ist der Rückgang der Weiterbildungsbeteiligung mit zunehmendem Alter in Deutschland, aber auch in den meisten anderen Ländern bei weitem nicht so ausgeprägt (Tabelle 2). Während auf dieser Datenbasis hierzulande Personen im Alter von 25 bis 34 Jahren zu 53,3 Prozent an Weiterbildung teilhaben, sind es in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen immerhin noch 28,2 Prozent. Im Großen und Ganzen halbiert sich die Weiterbildungsbeteiligung damit von den Jüngeren zu den Älteren. Für beide Altersgruppen resultiert der achte Platz im Ländervergleich. Ein wesentlich stärkerer Einbruch der Teilnahme im Alter ist für Griechenland, die Türkei, Ungarn, Rumänien und Polen zu verzeichnen. Dem Ideal des lebenslangen Lernens, also einer auch im Alter noch hohen Weiterbildungsquote, kommen am ehesten die skandinavischen Länder, Großbritannien und die Niederlande, aber auch Lettland und Estland nahe. In der Gruppe der 35- bis 54-Jährigen schneidet Deutschland besonders gut ab. Hier liegt es nach Finnland, Schweden und Großbritannien auf dem vierten Platz. Der Datenvergleich zwischen europäischer Arbeitskräfteerhebung und Adult Education Survey lässt den Schluss zu, dass die Teilnahme an formaler Weiterbildung mit steigendem Alter zurückgeht. An deren Stelle tritt teilweise nicht-formales Lernen, ohne jedoch das Gesamtniveau an Weiterbildung, das am Anfang des Erwerbslebens herrscht, aufrechterhalten zu können.

Tabelle 1: Beteiligung an Weiterbildung im Referenzzeitraum (EU-Labour Force Survey) nach Altersgruppen in Prozent, 2008

	25-34 Jahre	35-44 Jahre	45-54 Jahre	55-64 Jahre
Dänemark	41,1	30,0	28	22,6
Schweden	37,0	33,2	31,6	27,0
Finnland	33,4	25,8	21,4	13,3
Niederlande	27,2	18,2	14,6	8,5
Slowenien	25,9	13,9	9,2	5,4
Großbritannien	24,8	21,4	19,1	13,6
Österreich	21,6	13,8	10,7	5,8
Deutschland	17,1	6,9	5,6	3,1
Spanien	16,5	10,0	7,8	4,8
Estland	15,5	10,8	7,4	4,3
Luxemburg	14,8	8,0	7,2	2,7
Zypern	13,5	8,5	6,2	3,8
Irland	12,9	10,6	9,2	6,0
Italien	12,8	5,6	4,4	2,2
Tschechien	12,7	8,4	6,3	2,7
Lettland	12,0	7,2	4,6	2,3
Frankreich	11,4	7,9	6,4	3,0
Litauen	11,2	4,7	2,2	1,5
Portugal	10,9	5,3	2,8	1,0
Belgien	10,8	7,3	5,7	3,4
Polen	10,3	4,7	2,0	0,7
Malta	9,5	7,6	4,7	3,0
Griechenland	7,2	2,3	1,2	0,4
Ungarn	7,1	2,9	1,4	0,3
Slowakei	6,2	3,2	1,9	0,9
Bulgarien	4,4	0,9	0,5	n.v.
Rumänien	4,1	0,9	0,4	n.v.

Quelle: Europäische Kommission 2010.

Für Bulgarien und Litauen letztes verfügbares Jahr 2007 bzw. 2001.

Tabelle 2: Beteiligung an Weiterbildung im Referenzzeitraum (EU Adult Education Survey) nach Altersgruppen, 2007

	25-34 Jahre	35-54 Jahre	55-64 Jahre	Anteilsverhältnis zwischen 55- bis 64- und 35- bis 54-Jährigen
Belgien	56,3	42,3	23,5	55,6
Bulgarien	44,7	39,7	20,3	51,1
Tschechien	44,1	43,0	21,7	50,5
Dänemark	57,2	47,4	28,6	60,3
Deutschland	53,3	48,7	28,2	57,9
Estland	52,5	42,6	27,5	64,6
Griechenland	22,7	14,0	5,1	36,4
Spanien	39,7	30,8	17,0	55,2
Frankreich	48,2	35,9	16,2	45,1
Italien	30,5	23,0	11,8	51,3
Zypern	53,2	41,1	20,1	48,9
Lettland	39,0	34,3	21,8	63,6
Litauen	42,7	35,1	19,0	54,1
Ungarn	15,8	9,0	2,5	27,8
Malta	50,4	34,6	16,2	46,8
Niederlande	59,7	44,9	28,7	63,9
Österreich	47,1	45,7	25,4	55,6
Polen	34,1	20,7	6,8	32,9
Portugal	40,3	25,5	10,9	42,7
Rumänien	14,0	6,8	2,5	36,8
Slowenien	52,1	42,6	22,2	52,1
Slowakei	51,0	48,3	23,8	49,3
Finnland	66,0	58,6	37,8	64,5
Schweden	81,0	76,4	60,6	79,3
Großbritannien	58,8	50,3	37,0	73,6
Norwegen	65,0	55,5	41,2	74,2
Kroatien	33,5	20,2	9,0	44,6
Türkei	21,1	12,0	4,4	36,7

Quelle: EU Adult Education Survey Database 2011.

Die Weiterbildungsneigung variiert weiterhin nach dem Erwerbsstatus und dem Geschlecht, wie aus Tabelle 3 hervorgeht (Daten aus der Arbeitskräfteerhebung). Beschäftigte sind in den meisten, aber nicht allen Ländern häufiger mit Weiterbildung befasst als Arbeitslose oder Inaktive. Die skandinavischen Staaten können jedoch ein überdurchschnittliches Niveau bei allen Gruppen erreichen. Beim Geschlecht ergibt sich für viele Länder ein Vorsprung der Frauen gegenüber den Männern. Hierzulande ist die Teilhabe an Weiterbildung jedoch relativ gleichmäßig zwischen Frauen und Männern verteilt.

Im internationalen Vergleich fällt Deutschland noch in einer weiteren Hinsicht auf. Hierzulande fällt die Weiterbildungsbeteiligung von Inaktiven, also Personen, die nicht (mehr) aktiv nach einem Arbeitsplatz suchen, deutlich größer aus als der entsprechende Indikator für Arbeitslose. Darin könnte sich ein Schwerpunkt der hiesigen Arbeitsmarktpolitik widerspiegeln, die sich um die Integration von prinzipiell Arbeitsfähigen ins Erwerbsleben bemüht. Der international vergleichsweise geringe Anteil von Inaktiven an der gesamten Erwerbsbevölkerung weist in eine ähnliche Richtung (Eichhorst/Marx/Thode 2009).

Tabelle 3: Teilnahme an Weiterbildung im Referenzzeitraum nach Erwerbsstatus und Geschlecht in Prozent, 2008

	Beschäftigte	Arbeitslose	Inaktive	Männer	Frauen
Schweden	31,6	28,4	43,6	25,8	39,3
Dänemark	31,2	29,8	26,0	25	35,5
Finnland	24,9	18,2	16,8	19,3	26,9
Großbritannien	21,9	17,8	13,1	16,6	23,2
Niederlande	18,6	17,6	10,2	16,8	17,2
Slowenien	15,8	13,1	7,4	12,5	15,4
Österreich	14,1	19,6	9,2	12,2	14,2
Estland	10,8	n.v.	5,3	6,6	12,6
Irland	10,7	7,9	9,1	8,7	11,7
Spanien	10,7	12,3	8,9	9,5	11,3
Zypern	9,0	5,2	6,7	8,1	8,9
Tschechien	8,9	3,4	4,3	7,7	7,9
Luxemburg	8,7	14,5	7,2	7,6	9,5
Deutschland	8,1	5,7	7,9	8,0	7,8
Frankreich	8,1	6,8	4,5	6,9	7,5
Malta	7,8	n.v.	3,6	6,1	6,2
Lettland	7,6	3,8	3,7	4,3	9,0
Belgien	7,4	8,7	5,0	6,4	7,2
Italien	6,5	6,4	5,9	6,1	6,6
Polen	5,7	4,6	2,3	4,2	5,2
Litauen	5,5	3,0	3,0	3,7	6,1
Portugal	4,9	5,5	6,9	5,0	5,6
Slowakei	3,7	1,9	2,5	2,6	4,0
Ungarn	3,1	2,9	3,1	2,7	3,5
Griechenland	2,7	4,9	3,2	2,8	3,1
Bulgarien	1,2	1,2	2,0	1,3	1,5
Rumänien	1,2	0,8	2,4	1,3	1,6

Quelle: Europäische Kommission 2010.

Für Litauen, Bulgarien, Rumänien bei Arbeitslosen 2007, 2001 bzw. 2003.

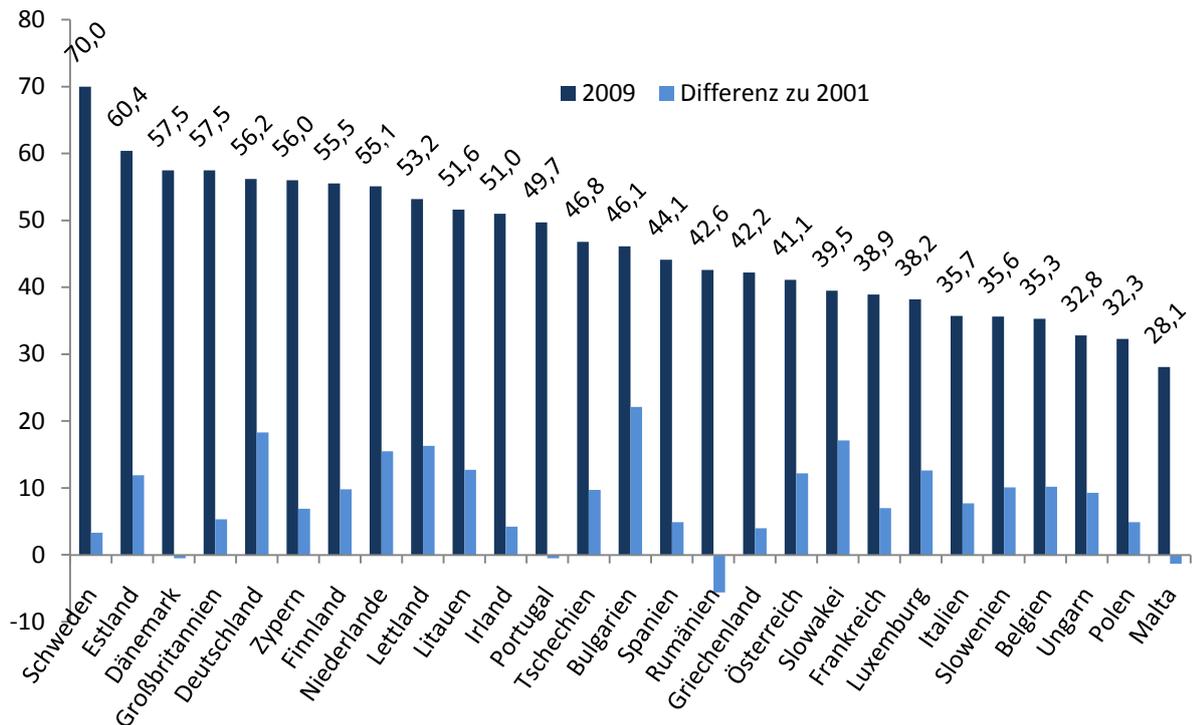
5 Ältere Arbeitnehmer und Eintritt in den Ruhestand

5.1 Beschäftigungslage beim Übergang zwischen Erwerbsleben und Ruhestand

Die Beschäftigungsquote von Arbeitskräften im Alter zwischen 55 und 64 Jahren ist in den letzten Jahren in nahezu allen europäischen Staaten mehr oder weniger deutlich angestiegen (Eichhorst/Marx/Thode 2009). Allerdings bestehen nach wie vor erhebliche Niveauunterschiede zwischen den Ländern. Schweden und Estland liegen mit mehr als 60 Prozent Erwerbstätigkeit in dieser Altersgruppe an der Spitze des Vergleichsfeldes, gefolgt von Dänemark, Großbritannien und auch Deutschland. In Ungarn, Polen oder Malta, die das andere Ende des Spektrums bilden, ist dagegen weniger als ein Drittel der älteren erwerbsfähigen Bevölkerung tatsächlich beschäftigt (Abbildung 17). Insgesamt fällt auf, dass gerade Länder im Süden und Osten Europas tendenziell geringere Beschäftigungsquoten von Älteren aufweisen. Die aktuelle Entwicklung im Vergleich zu 2001 veranschaulicht, dass gerade die östlichen und südlichen EU-Länder hohe Zuwächse verzeichnen können. Bulgarien, die Slowakei und Lettland weisen die höchste Steigerung der Beschäftigungsquote bei den 55- bis 64-Jährigen auf.

Deutschland ist das Land mit der größten Zunahme unter allen westeuropäischen Staaten und kommt auf einen Anstieg von über 18 Prozentpunkten im Vergleich zu 2001. Die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitskräfte liegt hierzulande mit über 56 Prozent inzwischen deutlich über dem Durchschnitt. Im Länderüberblick zeigt sich, dass bei diesem Indikator ein erhebliches Gefälle zwischen dem Nordwesten und dem Südosten Europas besteht, wobei auch Frankreich, Belgien und Luxemburg auf einem Niveau liegen, das sonst eher in Süd- und Osteuropa zu finden ist.

Abbildung 17: Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen, 2009 und Veränderung gegenüber 2001 in Prozentpunkten

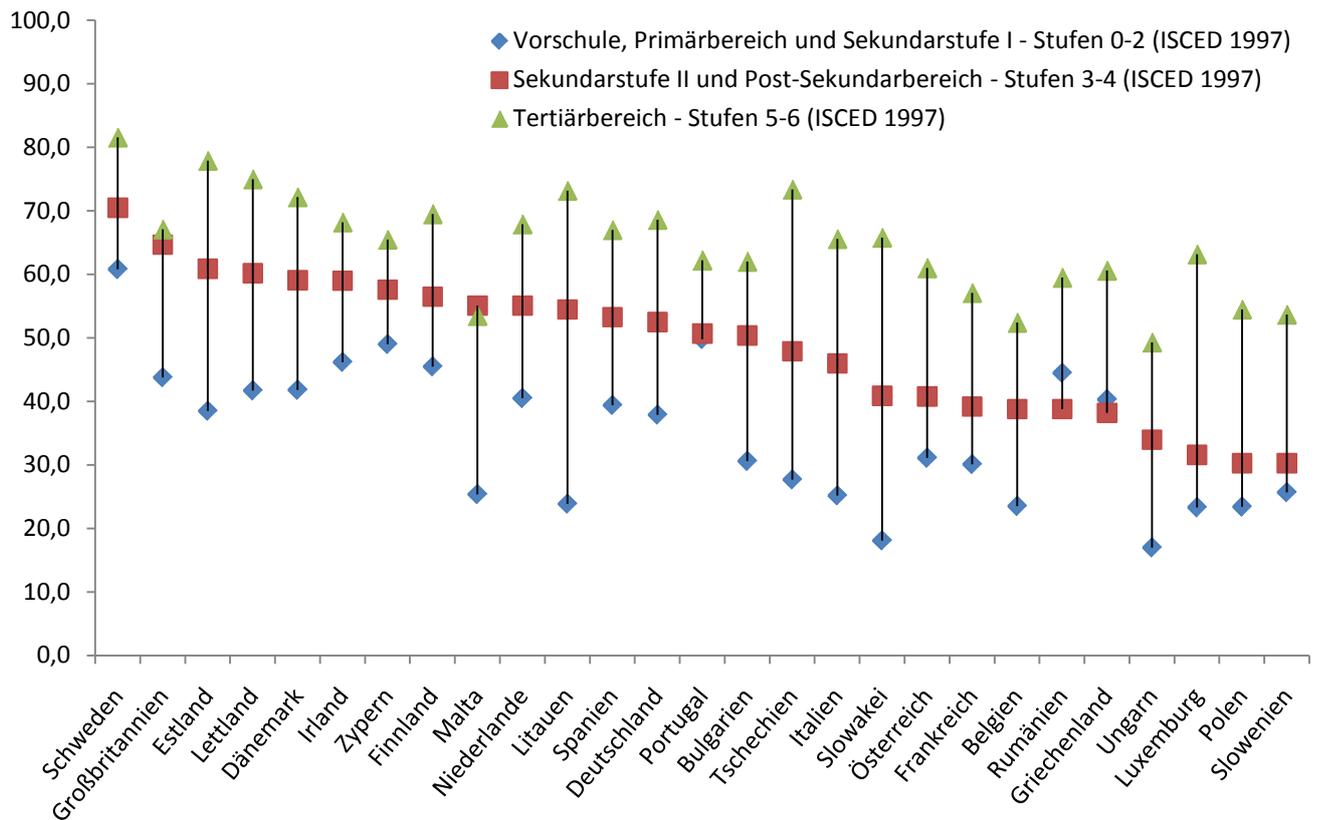


Quelle: Europäische Kommission 2010.

Die Beschäftigungsquote von Älteren hängt sehr stark vom Qualifikationsniveau ab. Auffällig dabei ist, dass ältere Personen mit Hochschulabschluss deutlich höhere Beschäftigungsquoten aufweisen als Personen mit geringem oder mittlerem Qualifikationsniveau. Hochqualifizierte drängen später auf den Arbeitsmarkt, verbleiben dafür aber auch länger im Erwerbsleben. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Höherqualifizierte seltener körperlich belastenden Tätigkeiten nachgehen. In Rentensystemen, die stark von hohen zu niedrigen Einkommen umverteilen oder die wie das deutsche System eine Beitragsbemessungsgrenze haben, nimmt das Gefälle zwischen Arbeitseinkommen und Rentenzahlungen mit steigendem Einkommen zu, so dass auch in dieser Hinsicht ein Anreiz für Höherqualifizierte und Gutverdienende besteht, später in den Ruhestand einzutreten.

Spitzenreiter bei den Hochqualifizierten ist Schweden mit knapp 82 Prozent. Aber auch Litauen, Estland und Tschechien weisen sehr hohe Werte zwischen 78 und 73 Prozent auf (Abbildung 18). Im mittleren Qualifikationsbereich folgen nach dem Spitzenreiter Schweden mit 71 Prozent Großbritannien, Estland, Lettland, Dänemark und Irland mit Werten von jeweils mehr als 60 Prozent, während bei den gering qualifizierten Älteren die höchsten Werte der Erwerbstätigkeit in Portugal und Zypern erreicht werden. Auch Rumänien und Griechenland haben auffällig hohe Beschäftigungsquoten bei älteren Arbeitnehmern. Dies mag nicht zuletzt auch eine Folge von wenig ausgebauten Rentensystemen sein. Deutschland weist insgesamt eine mittlere Spreizung der Erwerbsintegration Älterer nach dem Qualifikationsniveau auf – alle drei Gruppen liegen mit Werten von 38, 53 und 69 Prozent auch im mittleren Bereich des europäischen Vergleichs.

Abbildung 18: Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer nach Qualifikationsniveau, 2008



Quelle: Europäische Kommission 2010.

Die Beschäftigungsquote Älterer und das tatsächliche Renteneintrittsalter korrelieren auf den ersten Blick stark. So liegen mit Irland, Großbritannien, Schweden, Lettland und Zypern die meisten der Spitzenreiter bei der Erwerbstätigkeit auch beim faktischen Ruhestandsalter vorne. Ähnliches gilt beispielsweise für Polen, Rumänien und Luxemburg am anderen Ende des Vergleichs. Eine auffällige Diskrepanz zwischen diesen Indikatoren besteht vor allem bei Belgien, wo ein inzwischen mittleres Renteneintrittsalter weiterhin mit einer recht geringen Beschäftigungsquote einhergeht. Das Renteneintrittsalter ist jedoch erst während der letzten zehn Jahre ausgehend von einem sehr geringen Niveau angestiegen.

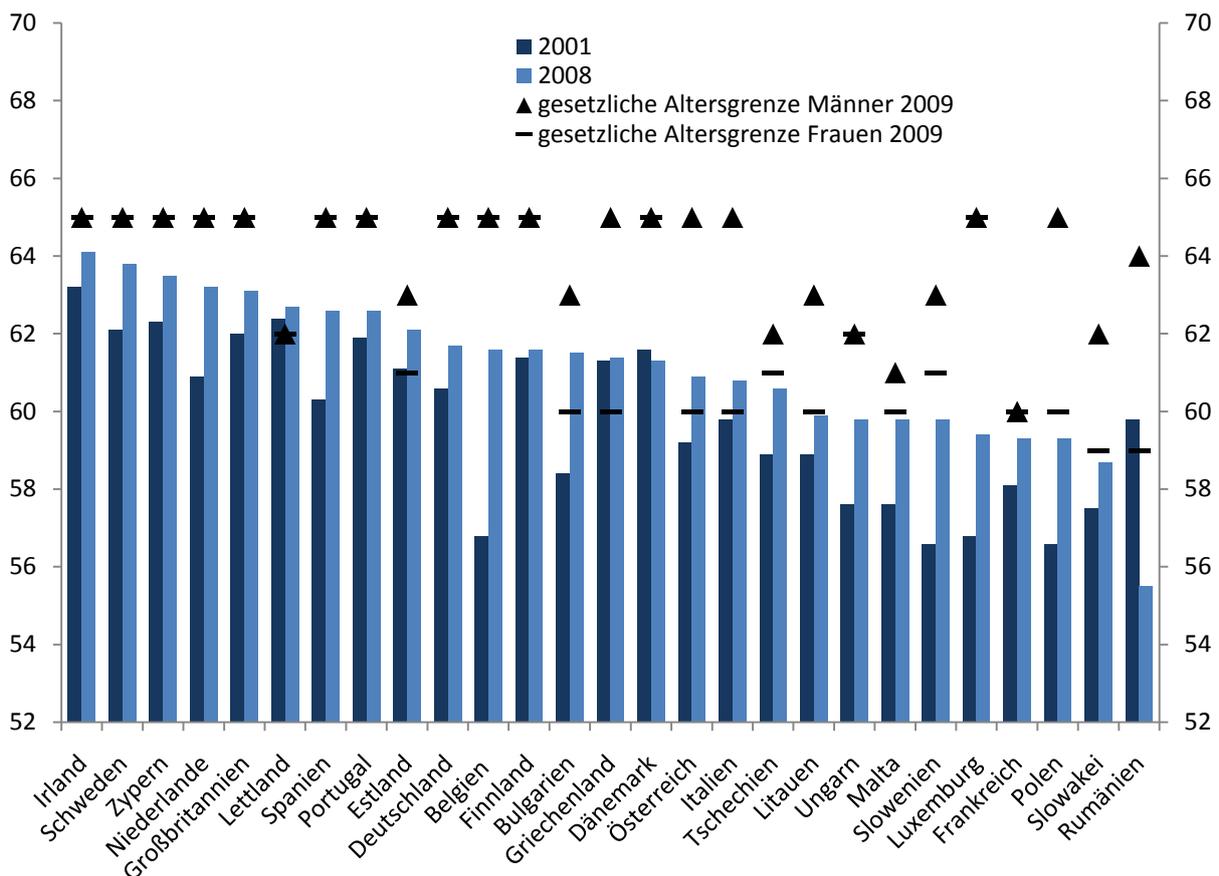
In der Zusammenschau folgt das Renteneintrittsalter jedoch anders als die Erwerbstätigkeit keiner eindeutigen wohlfahrtsstaatlichen Typologie oder geographischen Logik. Die westeuropäischen Länder wiesen 2001 sowohl das höchste als auch das niedrigste Renteneintrittsalter auf. 2001 erreichte Belgien mit unter 57 Jahren das durchschnittlich niedrigste Renteneintrittsalter und Irland mit über 63 Jahren das höchste. Ähnliches gilt für die skandinavischen Länder. Auch deren Renteneintrittsalter fällt unterschiedlich aus.

Nach 2001 erhöhte sich das durchschnittliche Renteneintrittsalter in fast allen Ländern. Von diesem Trend ausgenommen waren Dänemark und Rumänien, wo es sogar zu einer Senkung des durchschnittlichen Ruhestandsalters kam. Deutschland liegt mit mittlerweile 61,7 Jahren leicht über dem EU-Durchschnitt (Abbildung 19). Zwar stieg das durchschnittliche Erwerbsaustrittsalter in Deutschland im zeitlichen Vergleich zwischen 2001 und 2008 über den EU-Mittelwert, dennoch fiel

der Anstieg bei vielen Ländern höher aus. Man sollte nicht darüber hinwegsehen, dass Spanien, die Niederlande und Schweden bereits 2001 ein recht hohes durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter hatten und es sogar stärker erhöhten als Deutschland. Jedoch haben viele Nachbarländer wie Frankreich, Dänemark, Österreich und Polen ein geringeres Renteneintrittsalter als Deutschland. Bemerkenswert aus deutscher Sicht ist, dass Dänemark inzwischen hinter der Bundesrepublik zurückliegt.

Weiterhin geht aus Abbildung 19 ein gewisser Zusammenhang zwischen gesetzlichem und tatsächlichem Renteneintrittsalter hervor. Die höchsten faktischen Renteneintrittsalter sind in solchen Ländern zu beobachten, in denen Männer wie Frauen offiziell mit 65 Jahren in den Ruhestand treten. Die einzigen Ausnahmen finden sich in den baltischen Staaten Lettland und Estland. Länder, in denen das gesetzliche Eintrittsalter unterhalb von 65 Jahren liegt, haben größtenteils auch noch unterschiedliche Altersgrenzen zwischen Männern und Frauen. Solche Muster sind vor allem in Süd- und Osteuropa zu beobachten, aber auch in Frankreich, Luxemburg oder Österreich.

Abbildung 19: Durchschnittliches tatsächliches Erwerbsaustrittsalter 2001 und 2008 sowie die gesetzlich Erwerbsaustrittsalter von Frauen und Männern 2009

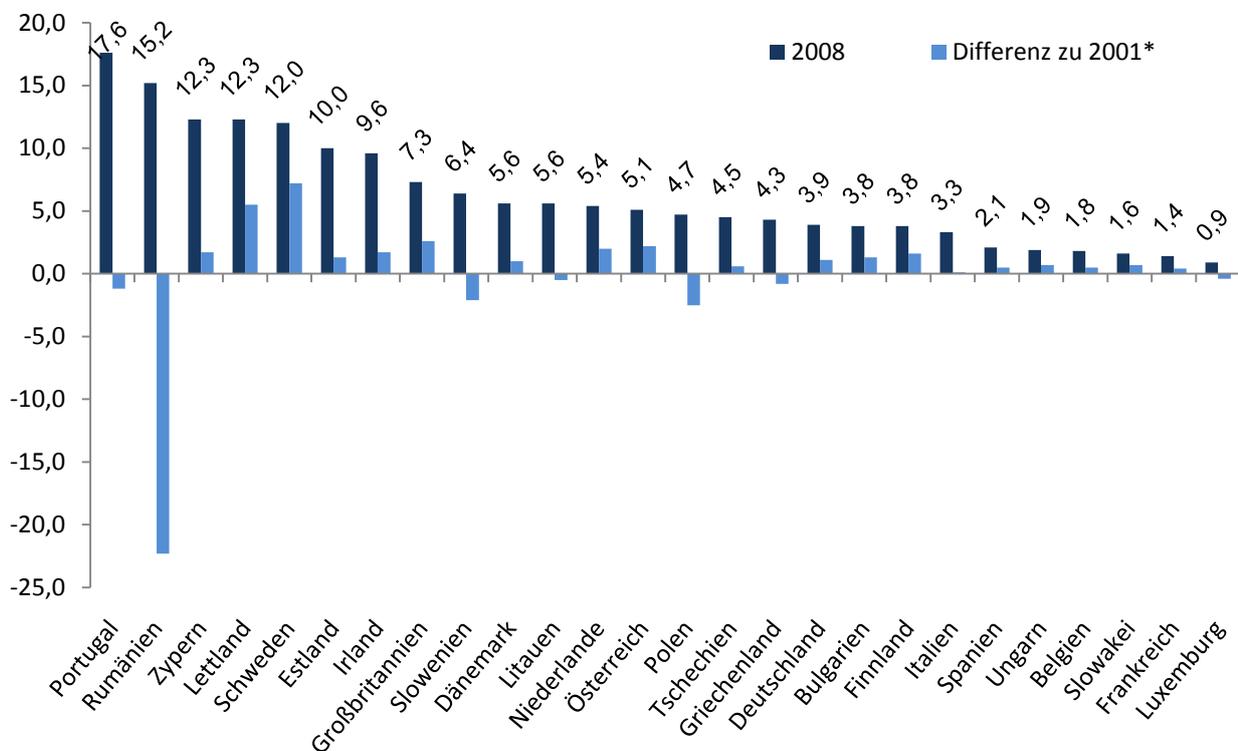


Quelle: Europäische Kommission 2010.

Werte für 2007 für Zypern, Portugal, Belgien, Finnland, Österreich, Polen, Slowakei; für Rumänien, Bulgarien, Irland, Litauen und Slowenien; für 2005 für Ungarn und Luxemburg; Differenz zu 2002 für Bulgarien, Griechenland und Slowenien.

Der Bezug einer gesetzlichen Altersgrenze muss nicht das sofortige Ende jeglicher Erwerbsarbeit bedeuten. In einer Reihe von Ländern gibt es einen nennenswerten Anteil von Personen, die gesetzliche Altersbezüge mit Erwerbseinkommen aus Nebentätigkeiten kombinieren (Abbildung 18). Die Ländergruppe, in der zehn Prozent oder mehr der Ruheständler ihre Rente aufstocken, ist mit Portugal, Rumänien, Zypern, Lettland, Schweden und Estland sehr heterogen besetzt. Im Großen und Ganzen dürfte aber das Einkommensmotiv, also eine geringe Rente mit Erwerbseinkommen aufzustocken, im Vordergrund stehen. Eine hohe Bindung an den Arbeitsmarkt über die Ruhestandsgrenze hinaus könnte vor allem für schwedische Rentner vermutet werden. In Deutschland ist der Anteil der Rentner mit Nebenerwerb seit Beginn des abgelaufenen Jahrzehnts leicht auf nunmehr vier Prozent angestiegen. Damit liegt Deutschland im hinteren Mittelfeld.

Abbildung 20: Nebentätigkeiten von Rentnern, 2008 und Veränderung gegenüber 2001 in Prozentpunkten



Quelle: Europäische Kommission 2010.

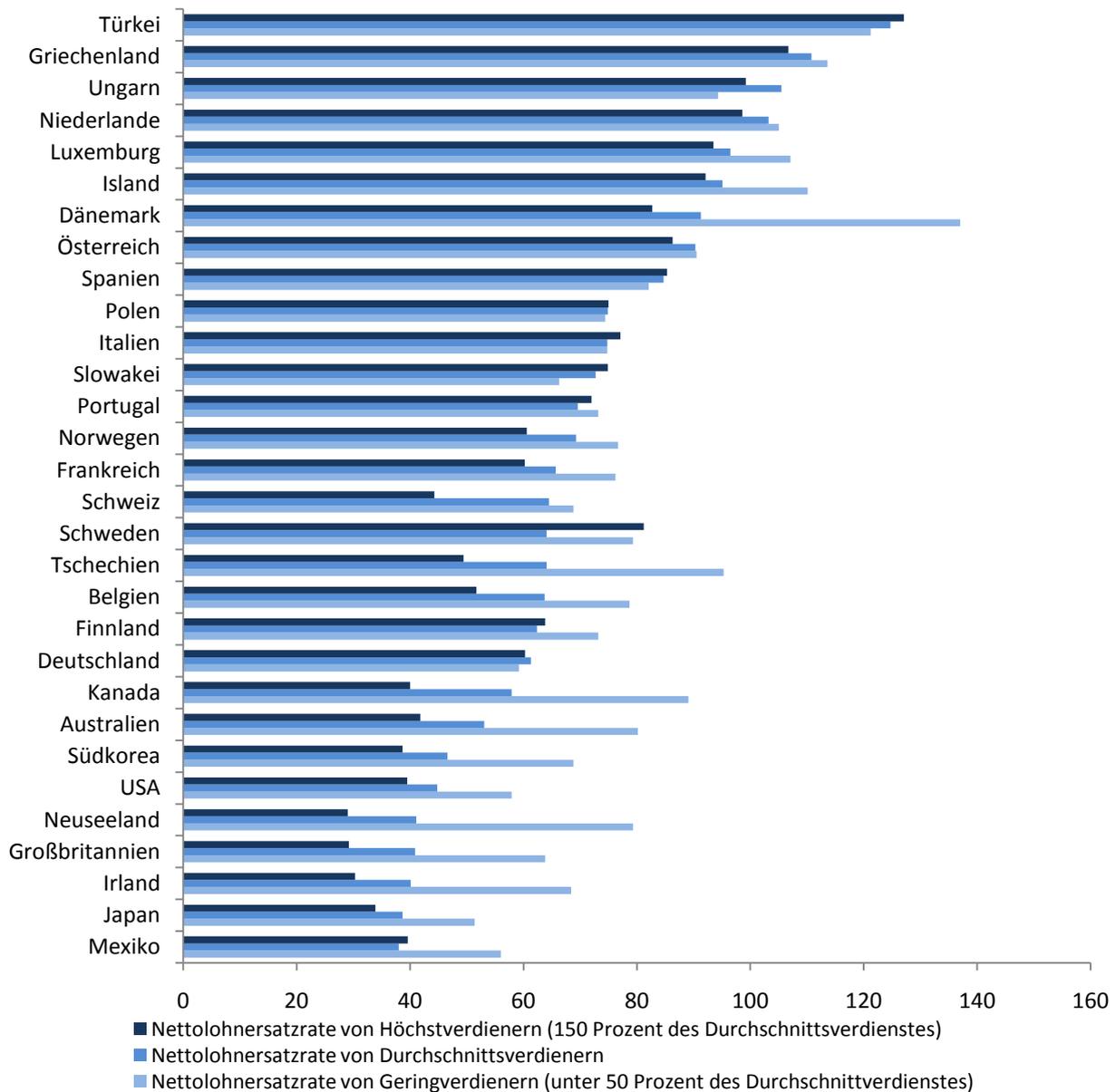
* Differenz zu 2002 für Luxemburg

5.2 Nettolohnersatz und Armutsrisiko im öffentlichen Rentensystem

Ein wesentliches Kennzeichen für die Leistungsfähigkeit des gesetzlichen Rentensystems ist seine typische Nettolohnersatzrate, also der Anteil des vorherigen Nettoarbeitseinkommens, der durch die Rentenzahlung ersetzt wird. Dieser Indikator gibt somit an, inwieweit das staatliche Rentensystem darauf ausgelegt ist, den Lebensstandard auch im Alter zu sichern, der während der Erwerbstätigkeit geherrscht hat. Die Abbildung 21 offenbart große Unterschiede in der OECD-Welt. In der Türkei, Griechenland, Ungarn und den Niederlanden liegt die Nettolohnersatzrate für ehemalige

Durchschnittsverdiener oberhalb von 100 Prozent. Das Einkommen aus der Rente ist also höher als das ehemalige Erwerbseinkommen. Am anderen Ende des Länderspektrums finden sich Irland, Japan und Mexiko mit Lohnersatzraten von 40 Prozent und darunter. Deutschland befindet sich mit einem Wert von etwas mehr als 61 Prozent im hinteren Mittelfeld, in etwa gleichauf mit Belgien, Finnland und Kanada. Es fällt auf, dass die Länder, die in den letzten Jahren größere Rentenreformen vollzogen und die Säule privater kapitalgedeckter Vorsorge gestärkt haben – neben Deutschland und Belgien etwa auch Schweden – bei der Nettolohnersatzrate im Bereich zwischen 60 und 70 Prozent zu finden sind.

Abbildung 21: Nettolohnersatzraten der staatlichen Altersvorsorge, 2009



Quelle: OECD 2010b.

Die Differenzierung der Rentenbezieher in Gut-, Durchschnitts- und Geringverdiener mit jeweils 150, 100 und 50 Prozent des mittleren Erwerbseinkommens liefert zusätzliche Information über Ausmaß und Richtung der Umverteilung innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung. So fällt

auf, dass in einer Reihe von Ländern Geringverdiener eine deutlich höhere Lohnersatzrate haben als Durchschnittsverdiener. Besonders ausgeprägt ist dies in angelsächsischen Ländern wie Australien, Neuseeland, Kanada, Irland und Großbritannien, in besonderem Maße aber in Dänemark. Dort beträgt die Nettolohnersatzrate von Geringverdienern 137 Prozent, während Durchschnittsverdiener deutlich geringere 91 Prozent erhalten. Die meisten Länder weisen insgesamt eine Umverteilung von „reich“ zu „arm“ auf. Demgegenüber gibt es mit der Türkei, Spanien und der Slowakei lediglich drei Staaten, in denen Gutverdiener die höchste und Geringverdiener die niedrigste Lohnersatzrate haben. Schweden und in geringerem Ausmaß Finnland sind die beiden einzigen Länder, in denen Durchschnittsverdiener einen geringeren Lohnersatz haben als Gut- oder Geringverdiener. Deutschland schließlich ist das einzige Land, in dem Durchschnittsverdienern von allen drei Gruppen die höchste Lohnersatzrate gewährt wird, wenngleich die Unterschiede hier relativ gering sind. Im Vergleich zu allen anderen Staaten ist die Bundesrepublik dasjenige Land, bei dem die drei Einkommensgruppen am engsten zusammenliegen. Hieran lässt sich ablesen, dass das Äquivalenzprinzip, also die Kongruenz zwischen eingezahlten Beiträgen und ausgezahlten Leistungen, hierzulande besonders ausgeprägt ist und am Einkommen anknüpfende Umverteilung kaum eine Rolle spielt.

Die Ausgestaltung der staatlichen Rentenversicherung, insbesondere der Abdeckungsgrad, die Nettolohnersatzrate und das Ausmaß der Umverteilung, beeinflussen neben dem individuellen Erwerbsverlauf maßgeblich das Risiko, im Alter von Armut betroffen zu sein. In der Tabelle 4 ist zunächst das Armutsrisiko für die Gesamtbevölkerung als Referenzmaßstab dargestellt. In den folgenden Spalten lässt sich das Armutsrisiko für Haushalte mit Personen über 65 Jahren und verschiedenen Haushaltszusammensetzungen ablesen. Insgesamt fällt auf, dass in den meisten Ländern das Armutsrisiko für Ältere auf einem ähnlichen Niveau liegt wie für die Gesamtbevölkerung. Für Deutschland zeigt sich, dass die Gesamtbevölkerung einerseits und Haushalte mit Personen über 65 Jahren andererseits Mitte der 2000er Jahre mit neun bzw. acht Prozent in etwa dem gleichen Armutsrisiko unterlagen. Dieser Wert zählt im internationalen Vergleich zu den geringeren. Es gibt jedoch auch einige Länder wie Tschechien, die Niederlande, die Slowakei und Schweden, die mit Werten zwischen zwei und sechs Prozent ein nochmals geringeres Risiko aufweisen. Demgegenüber ist die Gefahr, arm zu sein, vor allem in einigen angelsächsischen und südeuropäischen Ländern deutlich ausgeprägter. In den USA, Irland, Australien, Griechenland Portugal und Spanien sowie zusätzlich noch in Japan und Mexiko ist mehr als ein Fünftel der älteren Bevölkerung von Armut bedroht. In den genannten Ländern fallen zudem große Unterschiede in den Armutsrisiken für unterschiedliche Haushaltstypen auf. In den Ländern des Südens und den angelsächsischen Staaten liegt das Armutsrisiko deutlich höher, wenn niemand im Haushalt erwerbstätig ist oder wenn Ältere allein leben. Dies ist in Deutschland weit weniger der Fall, lediglich Alleinstehende haben hierzulande ein deutlich höheres Risiko. Das dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass in der Gruppe älterer Alleinstehender Frauen überrepräsentiert sind, die in der betroffenen Alterskohorte aufgrund ihrer Bildungsabschlüsse und Erwerbsverläufe im Schnitt geringere Rentenansprüche als Männer haben.

Tabelle 4: Armutsrisiko von Haushalten mit Personen im Rentenalter in Prozent, Mitte der 2000er Jahre

	Armutsrisiko der Gesamtbevölkerung	Armutsrisiko Haushalten mit Personen im Rentenalter (über 65)				
		alle	erwerbstätig	Nicht erwerbstätig	alleinstehend	Paar
Australien	27	27	4	32	50	18
Österreich	7	8	7	9	16	4
Belgien	13	12	4	13	17	10
Kanada	6	7	2	10	16	4
Tschechien	2	3	[..]	3	6	2
Dänemark	10	10	2	12	17	4
Finnland	13	14	11	14	28	4
Frankreich	9	9	1	9	16	4
Deutschland	9	8	2	9	15	5
Griechenland	23	21	7	31	34	18
Ungarn	5	5	[..]	5	11	1
Island	5	5	3	7	10	2
Irland	31	25	5	36	65	9
Italien	13	13	3	17	25	9
Japan	22	21	13	30	48	17
Luxemburg	3	3	[..]	4	4	3
Mexiko	28	23	19	39	45	21
Niederlande	2	2	2	2	3	2
Neuseeland	2	4	1	2	3	1
Norwegen	9	9	1	10	20	1
Polen	5	6	6	6	6	6
Portugal	17	20	5	25	35	16
Slowakei	6	4	[..]	7	10	3
Spanien	23	27	12	32	39	24
Schweden	6	6	3	7	13	1
Schweiz	18	18	[..]	[..]	24	15
Türkei	15	18	20	16	38	17
Großbritannien	10	10	1	12	17	7
USA	24	24	9	34	41	17

Quelle: OECD 2008.

Altersarmut birgt noch eine besondere Gefahr, nämlich die der längerfristigen Armut. Das ist das Resultat des Ländervergleichs in Tabelle 5. Über-65-Jährige sind im Allgemeinen einer größeren Gefahr ausgesetzt, während eines längeren Zeitraumes unter der Armutsschwelle zu leben. Das fällt auch bei dem vergleichsweise niedrigen Armutsrisiko in Deutschland auf. Das Risiko in Deutschland als Über-65-Jähriger mindestens drei Jahre unter der Armutsgrenze zu leben, liegt bei 1,9 Prozent und ist höher als in den anderen Altersgruppen. 1,0 Prozent betrug Mitte der 2000er Jahre der Anteil von Über-65-Jährigen, die in Deutschland ein Jahr lang in Armut lebten. Im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung waren sie einem genau gleich großen Risiko ausgesetzt, arm zu sein. Als arm gelten Personen, die weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung haben. Für Deutschland zusammengefasst ist allenfalls das Risiko, länger arm zu sein, bei Rentnerhaushalten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung erhöht, während dieses Risiko bei jüngeren Gruppen geringer ausfällt.

Zu den Ländern mit dem höchsten Risiko der Langzeitarmut bei den Über-65-Jährigen zählen wiederum Australien und Irland, aber auch Österreich und vor allem Dänemark. Geringe Gefahr der dauerhaften Armut besteht demgegenüber in den Niederlanden, Italien, Luxemburg und Kanada.

Tabelle 5: Armutsrisiko nach Alter in Prozent, Mitte der 2000er Jahre

	25-50 Jahre				51-64 Jahre				65 Jahre und darüber			
	Arm in:				Arm in:				Arm in:			
	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	mindestens einmal	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	mindestens einmal	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	mindestens einmal
Australien	0,8	0,6	0,4	0,7	0,9	1,0	1,2	1,0	1,5	2,1	3,6	2,2
Österreich	0,9	0,7	0,5	0,8	1,0	0,9	0,8	0,9	1,2	2,1	3,6	2,0
Belgien	0,8	0,8	0,6	0,8	0,9	1,0	0,8	0,9	1,7	2,2	2,8	2,0
Kanada	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	1,0	1,1	1,0	0,9	0,6	0,8	0,8
Dänemark	0,7	0,5	0,3	0,6	0,6	0,5	0,7	0,6	2,5	2,5	4,2	2,8
Finnland	0,9	0,8	0,6	0,8	0,7	0,6	1,2	0,8	0,9	1,2	2,6	1,4
Frankreich	0,9	0,8	0,6	0,8	0,8	0,8	0,9	0,8	1,0	1,3	2,1	1,3
Deutschland	0,9	1,0	0,6	0,8	1,1	1,0	1,2	1,1	1,0	0,8	1,9	1,1
Griechenland	0,9	0,8	0,5	0,7	1,1	1,0	1,0	1,1	1,0	1,4	2,5	1,6
Irland	0,9	0,8	0,7	0,8	0,7	1,0	0,9	0,8	1,6	1,2	2,9	2,0
Italien	1,0	1,0	0,8	1,0	0,9	0,9	0,8	0,9	1,0	0,7	1,0	0,9
Luxemburg	1,0	0,9	1,0	1,0	0,5	0,8	0,6	0,6	0,4	0,5	0,9	0,5
Niederlande	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,3	0,2	0,6	1,1	0,1	0,1	0,6
Portugal	0,9	0,8	0,7	0,8	0,9	0,9	0,7	0,8	1,2	1,6	2,2	1,7
Spanien	0,9	0,9	0,7	0,9	1,0	0,6	1,0	0,9	0,9	1,0	1,4	1,1
Großbritannien	0,8	0,7	0,7	0,8	0,6	0,6	0,5	0,6	1,0	1,3	1,3	1,2
USA	0,9	0,9	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	1,0	1,0	1,7	1,2

Quelle: OECD 2008.

6 Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Bundesagentur für Arbeit (2008): Monatsbericht Oktober 2008. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.
- Bundesagentur für Arbeit (2010): Monatsbericht Oktober 2010. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2010): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010): Berufsbildungsbericht 2010. Bonn: Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2010): Ausbildung 2010 – Ergebnisse einer IHK-Unternehmensbefragung. Berlin: Deutscher Industrie- und Handelskammertag.
- Eichhorst, Werner, Paul Marx und Eric Thode (2009): Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000–2009. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Eichhorst, Werner, Paul Marx und Eric Thode (2010): Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Eichhorst, Werner und Eric Thode (2010): Vereinbarkeit von Familie und Beruf 2010. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three World of Welfare Capitalism, Cambridge, MA: Princeton University Press.
- Europäische Kommission (2010): Compendium 2010. Brüssel: Europäische Kommission. Online-Zugriff: <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=4093&langId=en>.
- Eurostat (2010): Online Zugriff: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>.
- Hall, Peter und David Soskice (2001): Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford: Oxford University Press.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2010): Ergebnisse der integrierten Ausbildungsberichterstattung nach Ländern, Wiesbaden. Online-Zugriff: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/BildungForschungKultur/Ausbildungsberichterstattung.property=file.pdf>.
- OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Paris: OECD.
- OECD (2009): Pensions at a Glance. Paris: OECD.

OECD (2010a): PISA 2009 Ergebnisse: Was Schülerinnen und Schüler wissen und können. Paris: OECD.

OECD (2010b): OECD Pension Database. Online Zugriff:
http://www.oecd.org/document/16/0,3343,en_2649_34757_45558288_1_1_1_1,00.html.

OECD (2010c): Education at a Glance 2010. Paris: OECD.

von Rosenblatt, Bernhard und Frauke Bilger (2008): Weiterbildungsverhalten in Deutschland, Band I: Berichtssystem Weiterbildung und Adult Education Survey 2007. Bielefeld: W. Bertelsmann.

Scarpetta, Stefano, Anne Sonnet und Thomas Manfredi (2010): Rising Youth Unemployment during the Crisis: How to Prevent Negative Long-term Consequences on a Generation? OECD Social, Employment and Migration Paper No. 106, Paris: OECD.

Statistisches Bundesamt (2011): Bildungsprogramme zur Integration in Ausbildung: 7% weniger Anfänger in 2010. Pressemitteilung vom 09.03.2011. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Online-Zugriff:
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/03/PD11_093_212,templateId=renderPrint.psm